



Geschäftsbericht 2014

Die Sparkasse Bremen AG

Stark. Fair. Hanseatisch.



Die Sparkasse Bremen
Finanzdienstleistung



DIE SPARKASSE BREMEN AG

Geschäftsbericht 2014

Rechtsstellung/Sitz

Die Sparkasse Bremen AG ist eine gemeinwohlorientierte Freie Sparkasse in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Bremen. Sie ist eingetragen im Handelsregister beim Amtsgericht Bremen unter der Nummer HRB 21770.

Inhalt

| | |
|----|---|
| 04 | Editorial |
| 06 | Corporate Governance Bericht |
| 08 | Entsprechenserklärung 2014 |
| 09 | Organe Beiräte Unternehmensbereiche |
| 11 | Lagebericht |
| 27 | Jahresabschluss |
| 28 | Jahresbilanz |
| 30 | Gewinn-und-Verlust-Rechnung |
| 31 | Anhang |
| 46 | Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers |
| 47 | Bericht des Aufsichtsrates |



Die Sparkasse Bremen

In der Region verankert: Der Finanzpartner für Bremen

Das Zinsniveau hat 2014 einen historischen Tiefstand erreicht, die gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Kreditinstitute sind weiter gestiegen und neue Wettbewerber in den Markt eingetreten.

Vor diesem Hintergrund hat die Sparkasse Bremen sich gut behauptet: Sie konnte ihr Neugeschäft erfolgreich ausbauen und hat 2014 das zweitbeste Jahresergebnis ihrer Firmengeschichte erzielt.



Der Vorstand der Sparkasse Bremen von links nach rechts:
Dr. Heiko Staroßom, der Vorsitzende Dr. Tim Neemann, Joachim Döpp und Thomas Fürst



Weltwirtschaft wächst moderat

Die Weltwirtschaft wuchs im Jahr 2014 moderat: Während der Welthandel nur langsam expandierte, nahm die Weltproduktion in ähnlichem Tempo wie 2013 zu. Dabei verliefen die Entwicklungen in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich. In den Schwellenländern blieb die Dynamik zumeist niedrig. Unter den Industrieländern sind vor allem die USA und das Vereinigte Königreich stark gewachsen. Der Euroraum setzte seine Erholung nur zu Jahresbeginn fort, geriet dann aber wieder ins Stocken. Gründe waren auch die geopolitischen Krisen wie die Konflikte in der Ukraine sowie im Mittleren Osten. 2015 dürfte die Konjunktur aber wieder an Fahrt gewinnen, beeinflusst durch den extrem niedrigen Ölpreis und den abgewerteten Euro, der den Export begünstigt.

Deutsche Wirtschaft legt um 1,5 Prozent zu

Mit einem hohen Beschäftigungsstand, einer sinkenden Staatschuldenquote sowie einem lebhaften Konsum profitierte Deutschland 2014 von positiven Rahmenbedingungen. Die deutsche Wirtschaft wuchs insgesamt um rund 1,5 Prozent – und damit deutlich stärker als in den Jahren zuvor. Wichtigster Wachstumsmotor war die Binnennachfrage. Mit real 1,1 Prozent fiel die Zunahme des privaten Konsums so hoch aus wie seit Jahren nicht mehr. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden um 3,1 Prozent ausgeweitet. Auch der Außenbeitrag setzte 2014 neue Impulse: Mit einem Plus von 3,7 Prozent bei den Güterexporten und 3,3 Prozent bei den Importen steuerte er zum Wirtschaftswachstum bei. Für das Jahr 2015 prognostizieren Ökonomen ein erneutes Wachstum in Deutschland von rund 1,5 Prozent, was sich vor allem aus der Binnennachfrage speisen dürfte.

Konjunktur in Bremen branchenabhängig

Die bremische Wirtschaft war 2014 von einer insgesamt guten Konjunkturlage geprägt, wie der Konjunkturreport Herbst 2014 der Handelskammer Bremen zeigte. Gegen Ende des Jahres machte sich die weltwirtschaftliche Eintrübung allerdings auch in der Hansestadt bemerkbar, insbesondere in den außenwirtschaftlich geprägten Branchen. Entsprechend zurückhaltend waren die Unternehmen bei ihrer Personalplanung. Das galt besonders für die Industrie sowie den Groß- und Außenhandel. Positiv entwickelten sich die Dienstleistungs- und Bauwirtschaft sowie der Einzelhandel.

Freundliche Exportaussichten für die Hansestadt

Die Exportaussichten für 2015 bleiben in Bremen grundsätzlich freundlich. So gehen laut Konjunkturreport 38 Prozent der exportierenden Unternehmen von einer Zunahme des Auslandsgeschäfts aus. Zudem zeigen sich die Investitionsplanungen der Unternehmen weitgehend unbeeindruckt von den zuletzt gewachsenen Konjunktursorgen. Sie wurden nur marginal zurückgenommen und fallen tendenziell weiterhin optimistisch aus. 21 Prozent der Unternehmen berichten, dass die Investitionsausgaben in 2015 steigen werden.

Sparkasse Bremen baut Marktführerschaft aus

In diesem wirtschaftlichen Umfeld blickt die Sparkasse Bremen auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 zurück. Sie konnte erneut ihre Marktführerschaft im Privatkundengeschäft und in der Mittelstandsfinanzierung in der Region Bremen ausbauen. Trotz verhaltener Investitionsneigung der bremischen Wirtschaft hat sie ihr Neugeschäftsvolumen gesteigert, insbesondere durch das Kundenkreditgeschäft. Im Privatkundenbereich wurden Zuwächse bei klassischen Sparprodukten, der Immobilienfinanzierung sowie bei der Vermögensverwaltung „BremenKapital“ verzeichnet. Mit dem Ziel, den Kundennutzen weiter zu erhöhen, hat die Sparkasse Bremen ihr Augenmerk auf die Optimierung der Beratungsqualität gelegt – mit Erfolg, wie die erneute Auszeichnung als „Beste Bank“ im CityContest von Focus Money sowie die Zertifizierung durch den TÜV Rheinland zeigen.

Nachhaltig wirtschaften für die Region

Das Fundament für die führende Marktstellung der Sparkasse Bremen bildet ihr nachhaltiges, auf die Region ausgerichtetes Geschäftsmodell und das große Engagement der rund 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Darauf aufbauend wird die Sparkasse Bremen auch in Zukunft an der Seite der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger in Bremen stehen: als zuverlässiger, kompetenter und lokal verankerter Partner, der zu Wohlstand und Lebensqualität in der Region beiträgt.

Wir danken allen Kunden und Geschäftsfreunden sowie der Finanzholding der Sparkasse in Bremen und deren Mitgliedern für ihre Verbundenheit mit der Sparkasse Bremen und freuen uns auf eine weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Dr. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. Heiko Staroßom

Corporate Governance Bericht

Corporate Governance steht für eine verantwortungsvolle und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichtete Führung und Kontrolle von Unternehmen. Sie umfasst das gesamte System der Leitung und Überwachung eines Unternehmens, einschließlich der Unternehmensorganisation, der geschäftspolitischen Grundsätze und Leitlinien sowie der internen und externen Mechanismen zur Kontrolle und Überwachung. Hierzu zählen insbesondere die effiziente Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Aufsichtsrat sowie die Transparenz des Unternehmensgeschehens.

Eine verantwortungsvolle Unternehmensführung ist auch ein wichtiges Anliegen der Die Sparkasse Bremen AG. Sie unterstützt die Ziele des Deutschen Corporate Governance Kodex und hat diesen daher in ihrer Satzung verankert. Gemäß § 5 Abs. (2) ihrer Satzung sind ihre Organe gehalten, den Deutschen Corporate Governance Kodex zu beachten.

Der Deutsche Corporate Governance Kodex (Fassung: 24. Juni 2014) enthält einerseits Regelungen, die sich auf die Beschreibung der geltenden Gesetzeslage beschränken, andererseits darüber hinaus Empfehlungen („soll“) und Anregungen („sollte“). Von

diesen Empfehlungen und Anregungen kann nach dem Kodex abgewichen werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG haben in der Aufsichtsratsitzung am 25. November 2014 den Umsetzungsstatus vom 3. Dezember 2013 formal bestätigt. Unverändert gilt, sich seinen Empfehlungen anzuschließen und lediglich davon abzuweichen, sofern und soweit diese für Die Sparkasse Bremen AG strukturell nicht zutreffen, weil es sich bei ihr nicht um eine börsennotierte Aktiengesellschaft handelt bzw. sich sämtliche Aktien in der Hand einer einzigen Aktionärin befinden, der Finanzholding der Sparkasse in Bremen. Seine Anregungen sollen aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen AG sowie aus Vereinfachungsgründen bis auf Weiteres nicht umgesetzt werden.

Die Abweichungen im Einzelnen werden von Vorstand und Aufsichtsrat in der gemeinsamen Entschuldigserklärung nach § 161 AktG offengelegt. Der Corporate Governance Bericht einschließlich Entschuldigserklärung wird als Bestandteil des Geschäftsberichtes der Die Sparkasse Bremen AG jährlich auf deren Internetseite „www.sparkasse-bremen.de“ veröffentlicht und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren zugänglich gehalten.

Der Aufsichtsrat ...

... überwacht die gesamte Geschäftsführung des Vorstandes. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat laufend in dem von dem Gesetz, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegten Umfang zu berichten. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Aufsichtsrat, der bei Bedarf ohne den Vorstand tagt. Die Aufgaben, Pflichten und Regularien des Aufsichtsrates sowie die Bildung und Zusammensetzung von Aufsichtsratsausschüssen sind in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat geregelt.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun – im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex unabhängigen – Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer. Im Berichtsjahr gehörten dem Aufsichtsrat als von der Aktionärin gewählte oder entsandte Mitglieder die Herren Gerhard Harder (Vorsitzender), Bremen, Joachim M. Clostermann, Bremen, Alexander Künzel, Bremen, Otto Lamotte, Bremen, Frau Janina Marahrens-Hashagen, Bremen, und Herr Klaus Ziegler (stellvertretender Vorsitzender), Bremen, an. Als gewählte Arbeitnehmervertreter gehörten ihm die Herren Björn Drenkwitz, Bremen, Heiko Oerter, Bremen, und Volker Stange, Bremen, an.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstandes an den Aufsichtsrat sind in der Geschäftsordnung für den Vorstand geregelt. Für eine darüber hinausgehende eigene Informationsordnung sieht der Aufsichtsrat derzeit unverändert keinen Bedarf. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat auf Grundlage der satzungsrechtlichen Bestimmungen einen Präsidialausschuss sowie einen Kredit- und Risikoausschuss

gebildet. Über die konkrete Ausschussarbeit im Berichtsjahr informiert der „Bericht des Aufsichtsrates“. Der Aufsichtsrat trat 2014 zu vier Sitzungen zusammen, um sich unter anderem über die aktuelle Geschäftsentwicklung zu informieren, geschäftspolitische Themen zu diskutieren und über Vorstandsangelegenheiten (einschließlich des Vergütungssystems) zu beraten. Mittels Quartalsberichten wurde der Aufsichtsrat darüber hinaus zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2014 durch den Vorstand zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert.

Die Vergütung des Aufsichtsrates ist in der Satzung geregelt und wird durch die Hauptversammlung festgesetzt. Neben dem Ersatz ihrer nachgewiesenen Auslagen erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates eine angemessene jährliche Vergütung. Eine etwa anfallende Umsatzsteuer wird gesondert vergütet. Die derzeit gültigen Vergütungsregelungen wurden in der Hauptversammlung am 21. Mai 2014 beschlossen. Jedes Mitglied erhält eine jährliche fixe Vergütung. Der Vorsitzende erhält das 3-Fache, sein Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ausschüsse das 1,5-Fache dieses Vergütungsbetrages. Als erfolgsabhängige Komponente wurde für Verlustjahre eine Halbierung der jährlichen Vergütung vereinbart. Darüber hinaus wird je Aufsichtsrats- bzw. Ausschusssitzung ein angemessenes Sitzungsgeld gezahlt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte dieses Betrages.

Auf die individualisierte Offenlegung der Vergütung der einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates wird verzichtet. Die Gesamtbezüge aller Aufsichtsratsmitglieder sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 zu entnehmen. Die Zahlung erfolgt jeweils nach Ablauf des Berichtsjahres Anfang Januar des laufenden Geschäftsjahres.

Der Aufsichtsrat befasst sich regelmäßig im Zuge von Neuvorschlägen bzw. der Wiederwahl von Aufsichtsratsmitgliedern mit seiner internen Struktur und Zusammensetzung. Konkret sind Altersgrenzen festgelegt. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat seit Jahren bestrebt, den Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie in den Gremien in angemessenem Umfang zu berücksichtigen und nachhaltig zu steigern. Diese Selbstverpflichtung ist bislang zwar weder in der Satzung der Sparkasse noch den Geschäftsordnungen

Der Vorstand ...

... führt als kollegiales Gremium die Geschäfte der Die Sparkasse Bremen AG. Die Rechte und Pflichten der Vorstandsmitglieder ergeben sich aus dem Anstellungsvertrag, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand und den einschlägigen Gesetzen. In der Geschäftsordnung für den Vorstand werden unter anderem die Zusammenarbeit, die Geschäftsverteilung und die allgemeinen Befugnisse des Vorstandes geregelt. Im Berichtsjahr bestand der Vorstand aus vier Mitgliedern, dem Vorsitzenden sowie drei weiteren Mitgliedern des Vorstandes.

Der Präsidialausschuss des Aufsichtsrates ist u. a. zuständig für die Personalangelegenheiten der Mitglieder des Vorstandes einschließlich der Vorbereitung von Entscheidungen für den Aufsichtsrat über deren Bestellung und deren Abberufung, den Abschluss und die Beendigung von Dienstverträgen, die Regelungen über die Altersversorgung und alle anderen Angelegenheiten, welche nach § 112 AktG in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates fallen. Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach § 107 Abs. (3) Satz 3 AktG bleiben davon unberührt. Die Zustimmung zur Übernahme von Mandaten der Mitglieder des Vorstandes obliegt ebenfalls dem Präsidialausschuss.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Vorstandes setzen sich aus fixen und variablen Bestandteilen zusammen. In seiner Sitzung am 25. November 2014 wurde der Aufsichtsrat turnusmäßig über die Struktur und Angemessenheit des Vergütungssystems und

von Aufsichtsrat und Vorstand schriftlich niedergelegt, gehört aber bereits implizit zur gelebten Unternehmens- und Führungskultur.

In einer formularmäßigen Befragung werden die Mitglieder des Aufsichtsrates einmal jährlich über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt, die aufgrund einer Organfunktion oder Beratungsaufgabe in anderen bzw. für andere Unternehmen entstehen könnten. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

etwaige Anreizsysteme mit Langzeitwirkung für den Vorstand informiert. Die erfolgsabhängige Vergütung wird neben dem originären Unternehmensergebnis von der Erreichung entsprechender Langfristziele (Kundennutzen, Produktivität, Risikotragfähigkeit) sowie individuellen, persönlichen Zielen beeinflusst. Als Bemessungsgrundlage dienen die jeweils vereinbarten fixen Bezüge. Die variable Vergütung ist auf 50 % der Grundvergütung begrenzt. Darüber hinausgehende variable Vergütungsinstrumente bzw. -programme, z. B. Aktienoptionspläne oder ähnliche wertpapierorientierte Anreizsysteme, werden nicht angeboten.

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011 wird aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung der Die Sparkasse Bremen AG auf eine individualisierte Offenlegung der Gesamtvergütung nebst deren Bestandteilen für jedes Vorstandsmitglied verzichtet. Ein Vergütungsbericht als Bestandteil dieses Corporate Governance Berichtes wird daher nicht erstellt. Die Gesamtbezüge aller Mitglieder des Vorstandes sind den Anhangangaben des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2014 zu entnehmen.

Einmal jährlich werden die Mitglieder des Vorstandes in einer formularmäßigen Befragung über etwaige Interessenkonflikte im Sinne des Kodex befragt. Interessenkonflikte im Sinne des Kodex haben sich demnach im Berichtsjahr nicht ergeben.

Entsprechenserklärung 2014

Vorstand und Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG erklären entsprechend § 161 AktG:

1. Die Sparkasse Bremen AG hat den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 24. Juni 2014 mit folgenden Ausnahmen entsprochen:
 - a) Eine Erleichterung der persönlichen Wahrnehmung von Aktionärsrechten, eine Unterstützung der Aktionäre bei der Stimmrechtsvertretung und die Bestellung eines Vertreters für die weisungsgebundene Stimmrechtsausübung der Aktionäre der Die Sparkasse Bremen AG sind aufgrund ihrer Aktionärsstruktur nicht erforderlich (Kodex-Nr. 2.3.2).
 - b) Über die Corporate Governance wird jährlich berichtet, allerdings – mangels Erklärung zur Unternehmensführung – weiterhin im Corporate Governance Bericht im Geschäftsbericht (Kodex-Nr. 3.10).
 - c) Der Präsidialausschuss bereitet u. a. auf Basis der Prüfungsberichte die Sitzung des Aufsichtsrates vor, in der der Jahresabschluss behandelt wird. Ihm sind die Compliance-Berichte vorzulegen. Aufgrund der Aktionärsstruktur der Die Sparkasse Bremen besteht für eine Trennung des Vorsitzes im Aufsichtsrat und des Vorsitzes im Präsidialausschuss kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 5.2).
 - d) Der Präsidialausschuss nimmt u. a. die Aufgaben eines Nominierungsausschusses nach § 25d Abs. (11) KWG wahr. Auf die Bildung eines eigenständigen Nominierungsausschusses wird daher vom Aufsichtsrat der Die Sparkasse Bremen AG aufgrund der Aktionärsstruktur verzichtet (Kodex-Nr. 5.3.3).
 - e) Angaben zur Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder der Die Sparkasse Bremen AG sowie etwaige von der Die Sparkasse Bremen AG an diese gezahlten Vergütungen oder gewährten Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, werden aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung weder im Anhang zum Jahresabschluss noch im Lagebericht individualisiert offengelegt (Kodex-Nr. 5.4.6).
 - f) Für eine unverzügliche Information der Finanzholding der Sparkasse in Bremen als einziger Aktionärin über sämtliche neuen Tatsachen, die Die Sparkasse Bremen AG Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten mitgeteilt hat, besteht aufgrund ihrer Aktionärsstruktur kein Bedürfnis (Kodex-Nr. 6.1).
 - g) Die Sparkasse Bremen AG veröffentlicht mit Blick auf ihre Unternehmensstruktur, ihre regionale Geschäftsstrategie und die Nicht-Börsennotierung keine Informationen aufgrund kapitalmarktrechtlicher Vorschriften im Ausland, die auch im Inland bekannt gemacht werden könnten (Kodex-Nr. 6.2).
 - h) Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit publiziert Die Sparkasse Bremen AG aufgrund ihrer Aktionärsstruktur keinen Finanzterminkalender über wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen (Kodex-Nr. 6.4).
 - i) Die Sparkasse Bremen AG stellt aufgrund Ausübung von Wahlrechten gemäß Handelsgesetzbuch keinen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf. Nach Auffassung von Aufsichtsrat und Vorstand besteht aufgrund der Unternehmensstruktur und der Nicht-Börsennotierung kein Umsetzungsbedarf (Kodex-Nr. 7.1.1, 7.1.2, 7.1.3 und 7.1.5).
2. Die Sparkasse Bremen AG wird den Empfehlungen der „Regierungskommission des Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 24. Juni 2014 mit den unter 1. a) – i) genannten Ausnahmen entsprechen.

Bremen, 22. April 2015

Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder
Vorsitzender des Aufsichtsrates

Der Vorstand

Dr. Tim Neseemann
Vorsitzender des Vorstandes

Joachim Döpp
Mitglied des Vorstandes

Organe

Aufsichtsrat

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender
Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG
Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter der
NordCap GmbH & Co. KG
Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann
Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der
Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs- / Steuerberatungsgesellschaft
Björn Drenkwitz
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG
Alexander Künzel
Vorstandsvorsitzender der
Bremer Heimstiftung

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte
Geschäftsführer der
Henry Lamotte Oils GmbH
Dipl.-Kffr. Janina Marahrens-Hashagen
Geschäftsführende Gesellschafterin der
H. Marahrens Schilderwerk, Siebdruckerei,
Stempel GmbH
Heiko Oerter
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG
Volker Stange
Angestellter der
Die Sparkasse Bremen AG

Vorstand

Dr. rer. nat. Tim Nesemann
Vorsitzender des Vorstandes
Joachim Döpp
Thomas Fürst
Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Beiräte

Direktion Nord

Hans-Jürgen Busch
Inhaber der Firma Rudolf P. Kuschka
Technischer Großhandel
Heiko Dornstedt
Ortsamtsleiter Vegesack
Karl-Peter Hoffmeyer
Vorsitzender des Vorstandes der
Nehlsen AG

Reiner Kammeyer
Referent Senatskanzlei Bremen
Matthias Mantwill
Geschäftsführer der
BWK Chemiefaser GmbH
Olaf Mosel
Kaufmann

Karin Petry
Geschäftsführende Gesellschafterin der
Johanne Meineke Ww GmbH
Christian Stubbe
Mitinhaber der Beerdigungsinstitute
W. Bischoff & Kathmeyer

Direktion Ost

Marco Bremermann
Geschäftsführender Gesellschafter der
Firmengruppe Müller & Bremermann
Ludwig Cords
Geschäftsführender Gesellschafter der
BHK Tief- und Rohrbau GmbH
Heinz Döhrmann
Landwirt

Marco Fuchs
Vorsitzender des Vorstandes der
OHB Technology AG
Ulrich Höft
Ortsamtsleiter Hemelingen
Frauke Riedemann-Schmitz
Inhaberin des Schuhhauses Riedemann
Ulrich Schlüter
Ortsamtsleiter Osterholz

Prof. Dr. Detlev K. Schrade
Diplom-Ökonom, Steuerberater
Rolf A. Weidelt
Geschäftsführender Gesellschafter der
A. Weidelt Systemtechnik GmbH & Co. KG
Jens Wittrock
Kaufmann

Allen Beiratsmitgliedern danken wir für ihren Rat und ihre Einsatzbereitschaft, mit denen sie die Entwicklung der Sparkasse Bremen in ihren Stadtteilen gefördert und dazu beigetragen haben, die enge Verbindung der Sparkasse zur bremischen Bevölkerung und zur heimischen Wirtschaft zu pflegen.

Unternehmensbereiche

Marktbereich

Direktionen

Detlef Mehrkens, Mitte
Dieter Wolfsdorf, Ost
Michael Feht, Süd
Patrick Brandt, Nord

Private Banking

Dr. Dirk Rollenhagen

Immobiliencenter

Holm Diez
Holger Hintze

Firmenkunden

Ralf Kubitz
Ralf Pfannenschmidt

Internationale Firmenkunden

Prof. Dr. iur. Christoph Graf von Bernstorff

Treasury

Werner Logemann

Servicebereich

Compliance

Kerstin Hainle

Facility Management

Dipl.-Ing. Jürgen Salmon

Gesamtbanksteuerung

Wolfgang Taden

Kreditmanagement

Rainer Büssenschütt

Kundenservice

Janet Wilhelmi

Organisation und Informationstechnologie

Bernhard Ruschke

Personal

Reinhard Lüllmann

Revision

Oliver Buck

Vorstandsstab und Kommunikation

Dr. Birgit Krull

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Lagebericht

Grundlagen der Sparkasse

Die Sparkasse Bremen ist als Bürgerinitiative von Bremern gegründet worden. Als freie Sparkasse gehört sie noch heute den Bremerinnen und Bremern. Ihnen verdankt sie ihren Erfolg und ihre Stärke.

Mit einer Bilanzsumme von mehr als zehn Milliarden Euro und rund 1.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Sparkasse Bremen ein starker Partner für Privat- und Firmenkunden in der Hansestadt. Sie bietet ein breites Angebot hochwertiger Finanzdienstleistungen für alle Bremerinnen und Bremer. Als Marktführer für Finanzdienstleistungen in der Hansestadt gehören neben dem Privatkundengeschäft die Vermögensberatung, das Private Banking und das Firmenkundengeschäft inklusive des Spezialfinan-

zierungsgeschäftes zum Angebot. Über 400.000 Privat- und rund 30.000 Firmenkunden schenken der Sparkasse Bremen ihr Vertrauen. Damit hat die Sparkasse Bremen in der Region Bremen einen Marktanteil von weit über 40 Prozent.

Darüber hinaus leistet die Sparkasse Bremen mit einem jährlichen Betrag von rund vier Mio. EUR für gemeinwohlorientierte Initiativen sowie vielfältigen ehrenamtlichen Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag zur Lebensqualität in Bremen.

Die Nähe zum Kunden, umfassende Beratungsleistungen, die professionelle Entscheidung vor Ort sowie ein hohes Maß an gesellschaftlicher Verantwortung für Bremen und die Region gehören zum Selbstverständnis der Sparkasse Bremen.

Wirtschaftsbericht

Die Weltwirtschaft vollzog im Jahr 2014 ein moderates Wachstum. Der Welthandel expandierte etwas langsamer und die Weltproduktion wuchs ungefähr auf Vorjahresniveau. Auch das zuvor insgesamt sehr starke Wachstumsfeld der Schwellenländer hat sich etwas abgeschwächt. Unter den Industrieländern sind vor allem die USA und das Vereinigte Königreich stark gewachsen. Der Euroraum setzte anfänglich seine Erholung fort, geriet im Frühjahr 2014 aufgrund der sich verdichtenden geopolitischen Risiken aber wieder ins Stocken.

Deutschland hat das Jahr 2014 mit einem sehr starken ersten Quartal eröffnet und legte preisbereinigt um 0,8 Prozent im Bruttoinlandsprodukt zu. Hier profitierte insbesondere die Bauproduktion von der milden Witterung. Das zweite Quartal war von einer eingetretenen Schwäche gekennzeichnet, die über den gesamten Sommer de facto zu einer Stagnation führte. Insbesondere die zuvor endlich in Gang gekommene Investitionstätigkeit brach wieder abrupt ab. Insgesamt wird für das Gesamtjahr 2014 nach amtlichen Schätzungen ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent zu verzeichnen sein, das damit deutlich besser als die beiden Vorjahre liegt. Getragen wurde das deutsche Wachstum vor allem von

der Binnennachfrage, wobei die privaten Konsumausgaben um 1,1 Prozent zulegen. Sowohl die Ausrüstungsinvestitionen als auch die Bauten trugen mit einem fast identischen Wachstumstempo zu einer Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen um 3,1 Prozent bei. Auch der Außenbeitrag führte zu Wachstumsimpulsen im Bereich der Güterexporte (+3,7 Prozent) bzw. Importe (+3,3 Prozent). Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erreichte mit einem Jahresdurchschnitt von 42,7 Mio. einen neuen Rekordstand. Die Arbeitslosenquote nahm um 0,2 Prozentpunkte auf 6,7 Prozent ab.

Die bremische Wirtschaft wies nach dem Konjunkturreport der Handelskammer eine vergleichsweise freundliche Geschäftslage auf, die weltwirtschaftlichen Entwicklungen sind aber zunehmend spürbar. So zeigen sich die Unternehmen etwas zurückhaltender bei den Personalplanungen, was in der Folge zu einer unterdurchschnittlichen Belegung am Arbeitsmarkt führte. Die Dienstleistungswirtschaft zeigte sich insgesamt investitionsfreundlich und weitgehend unbeeindruckt von den zuletzt gewachsenen Konjunktursorgen. In der Bauwirtschaft entwickelte sich die Nachfrage weiter positiv.

Geschäftsentwicklung

Geschäftsverlauf/Entwicklung 2014

Die Sparkasse Bremen konnte im Geschäftsjahr 2014 ihre Marktführerschaft in der Region Bremen in einem herausfordernden Wettbewerbsumfeld weiter behaupten. Ein erfolgreiches Neugeschäft führte zu einem im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöhten Geschäftsvolumen und entsprach damit den Erwartungen. Die Bilanzsumme betrug zum Geschäftsjahresschluss 10.952,6 Mio. EUR und nahm damit um 124,6 Mio. EUR bzw. 1,2 % im Vergleich zum Vorjahr zu.

Insbesondere konnte das Kundenkreditgeschäft im Vergleich zum Vorjahr um 137,6 Mio. EUR auf 8.200,9 Mio. EUR ausgeweitet werden. Mit Zustimmung des Bundesrates im Sommer 2014 wurde die Reform des EEG (2014) abgeschlossen und die damit verbundene Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Kalkulation von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien beendet. Infolgedessen war bei den Spezialfinanzierungen in diesem Bereich eine deutlich bessere als die erwartete Volumenausweitung zu verzeichnen. Darüber hinaus konnte im übrigen Firmenkundengeschäft trotz geringer Investitionsneigung das Neugeschäftsvolumen gesteigert werden.

Das Privatkundengeschäft verlief insgesamt im Rahmen der Erwartungen. In der Immobilienfinanzierung wurden die durch das niedrige Zinsniveau begünstigten Sondertilgungen durch das Neugeschäft kompensiert und führten zu einem leichten Anstieg der Bestände.

Im Kundeneinlagengeschäft verzeichnete die Sparkasse Bremen nach positiven Entwicklungen im Jahresverlauf insgesamt einen leichten Rückgang um 117,2 Mio. EUR auf einen Bestand von 7.444,3 Mio. EUR zum Jahresende. Dabei hielten sich die Spareinlagen mit 3.135,4 Mio. EUR nahezu auf Vorjahresniveau, während sich die täglich fälligen Einlagen stichtagsbedingt mit 146,2 Mio. EUR auf 3.326,8 Mio. EUR deutlich reduzierten.

Im Bereich der Eigenanlagen waren die Aktienmärkte im Jahr

2014 durch sehr volatile Bewegungen mit zeitweiligen DAX-Ständen über der Marke von 10.000 Punkten geprägt. Insgesamt hat die Sparkasse Bremen ihre Aktienquote im Vergleich zum Vorjahr reduziert. Dabei konnten durch entsprechende Maßnahmen die unterjährigen volatilen Marktbewegungen abgefedert werden.

Die Rentenmärkte wurden zu Beginn des Jahres durch die Verunsicherung der Marktteilnehmer, insbesondere vor dem Hintergrund der geopolitischen Krisen, getrieben. Spekulationen über EZB-Maßnahmen aufgrund immer weiter rückläufiger Inflationsraten und Deflationsgefahren prägten die Märkte in der zweiten Jahreshälfte und führten zu weiteren volatilen Marktbewegungen.

Zum Jahresende betrug der bilanzielle Bestand an Eigenanlagen 1.635,0 Mio. EUR und erhöhte sich damit um 164,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

Der Anteilsbesitz der Sparkasse Bremen an Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen weist zum Jahresende einen Wert von 178,2 Mio. EUR aus und verteilt sich auf 54 Unternehmen.

Die wesentliche Veränderung im Beteiligungsportfolio umfasste die im Rahmen einer optimalen Rendite- und Liquiditätssteuerung vorgenommene Kapitalherabsetzung bei der nwk/nwu in Höhe von 60,0 Mio. EUR. Darüber hinaus führten weitere Maßnahmen zur Optimierung des Beteiligungsportfolios insgesamt zu einer Reduzierung des Beteiligungsbuchwertes um 63,2 Mio. EUR.

Insgesamt konnte trotz eines rückläufigen Zinsüberschusses infolge des niedrigen Zinsniveaus ein Jahresergebnis nach Berücksichtigung der Zuführung zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 34,8 Mio. EUR erzielt werden. Insbesondere trugen hierzu ein im Vergleich zum Vorjahr gestiegenes Provisi- onsergebnis, die durch eingeleitete Sparmaßnahmen gesunkenen Verwaltungskosten sowie die erstmalige Ausnutzung des Wahlrechts zur Aktivierung von latenten Steuern bei.

Personal- und Sozialbereich

Im vergangenen Jahr hat sich die Sparkasse Bremen trotz schwieriger Rahmenbedingungen gut im Wettbewerb behauptet. Niedrige Zinsen und hohe Zusatzkosten für die Banken-Regulierungsmaßnahmen setzen die Sparkasse Bremen weiterhin unter Handlungsdruck. In diesem Umfeld hat die Sparkasse Bremen im vergangenen Jahr die Produktivitätsoffensive „Einfach gut“ gestartet. Ziel ist, sich konsequent unter Verschlankung der Prozesse auf den Kundennutzen auszurichten. In diesen Prozess sind alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingebunden und können jederzeit Vorschläge zur Verbesserung einbringen. Den eingeschlagenen Weg der kontinuierlichen Produktivitätsverbesserung wird die Sparkasse Bremen auch im kommenden Jahr weitergehen.

Als ein Ergebnis dieser Maßnahmen konnte die Sparkasse Bremen ihren Personalbestand zum Jahresende vorrangig durch Vorruhestandsvereinbarungen sozial verträglich auf 1.488 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (-1,85 % gegenüber dem Vorjahr) reduzieren. Umgerechnet auf Vollzeitkräfte entspricht dies 1.294 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mit über 70 % arbeitet der überwiegende Teil der Beschäftigten in der Beratung der Kunden. Von einem Angebot an umfangreichen Teilzeitmodellen machen derzeit 493 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Gebrauch (ca. 33 % der Beschäftigten).

Als Marktführer in der Region Bremen strebt die Sparkasse Bremen die höchstmögliche Beratungsqualität für ihre Kunden an. Ihr Ziel ist dabei eine ganzheitliche und systematische Beratung, orientiert an den Zielen und Wünschen ihrer Kunden. Dieser Anspruch erforderte auch in 2014 einen hohen Ausbildungsstandard der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieses gilt sowohl in der Kundenberatung als auch im Backoffice-Bereich. Das Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot in Form von betriebsinternen und externen Seminaren stellt sicher, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Erwartungen erfüllen. Dies spiegelt sich in deren hohem Ausbildungsstand wider: Über 76 % der Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter verfügen über den Abschluss als Bankkauffrau bzw. Bankkaufmann oder über eine weitergehende Qualifikation als Sparkassen-/Bankfachwirt, Sparkassenbetriebswirt (grad.) oder Bankbetriebswirt. Darüber hinaus haben knapp ein Achtel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Abschluss einer Fachhochschule oder Universität. Mit der Förderpolitik unterstützt die Sparkasse Bremen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch aktiv bei der nebenberuflichen Weiterbildung durch eine bezahlte Freistellung.

Um auch in Zukunft ihren Ansprüchen gerecht zu werden, erhöhte die Sparkasse Bremen zum 31.12.2014 die Anzahl Ihrer Auszubildenden auf 105 (VJ: 100). Diese Steigerung beruht auf einer verstärkten Nachfrage nach dem angebotenen Dualen Studium. Mit einer Ausbildungsquote von 7,9 % der bankspezifisch Beschäftigten leistet die Sparkasse Bremen einen erheblichen Beitrag zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Bremen.

Bereits zum dritten Mal nach 2007 und 2010 wurde die Sparkasse Bremen als familienfreundlicher Betrieb mit dem Grundzertifikat des Audits „berufundfamilie“ der Hertie-Stiftung ausgezeichnet. Mit vielen Investitionen in die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, insbesondere in den Bereichen Kinderbetreuung, Unterstützung pflegender Angehöriger und Teilzeitmodelle, Gesundheitsmanagement sowie einer Vielzahl betrieblicher Sozialleistungen wurde die Attraktivität der Sparkasse Bremen als Arbeitgeberin auch 2014 weiter erhöht. Beleg dafür ist auch der Aufstieg unter die Top 100 beim Wettbewerb „Deutschlands beste Arbeitgeber“. Das Ergebnis basiert auf regelmäßig stattfindenden repräsentativen internen Befragungen im Rahmen von Great Place to Work. Hierbei konnte die Sparkasse Bremen das Ergebnis aus dem Vorjahr noch einmal steigern. Um dieses Ergebnis zu halten oder sogar noch zu verbessern, arbeiten regelmäßig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in sogenannten Fokusgruppen an der Umsetzung konkreter Maßnahmen.

Kundenbeziehungen

Die Sparkasse Bremen konnte sich erneut als klarer Marktführer im Privatkundengeschäft in der Region Bremen positionieren. Auch im Firmenkundengeschäft behielt sie ihre hohe Marktstellung und ist weiterhin die Nummer 1 in der Mittelstandsfinanzierung.

Indikator dafür ist der jährlich ermittelte Kundenpräferenzwert. Dieser gibt die Position der Sparkasse Bremen – auf Basis des aktuellen Leistungsportfolios – im Vergleich zum Wettbewerb wider und wird durch eine repräsentative Befragung der Bremer Bevölkerung ermittelt. Auf Basis der in 2014 durchgeführten Befragung weist die Sparkasse Bremen eine sehr starke Marktstellung auf, die sich in einem Präferenzwert im Privatkundenbereich von 56, im Firmenkundenbereich von 57 darstellt. Damit konnte sie den Vorjahreswert leicht ausbauen.

Dies ist ein klarer Beleg dafür, dass sich die konsequente Ausrichtung an den primären Kundenbedürfnissen – Beratungskompetenz, Service und Zuverlässigkeit – auszahlt.

Doch nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Filialen arbeiten nach dieser Devise – auch in den internen Bereichen wird fortwährend daran gearbeitet, Prozesse möglichst schlank und effektiv zu gestalten, um so auch in puncto Schnelligkeit den Kunden weiter entgegenzukommen.

Besonders unsere sehr gute Beratungskompetenz führt seit mehreren Jahren dazu, dass wir regelmäßig Auszeichnungen, z. B. im FOCUS MONEY „City Contest“ oder das Zertifikat des TÜV Rheinland, entgegen nehmen dürfen.

Als regionales Institut, welches alle Entscheidungen hier vor Ort trifft, sind uns nachhaltige Werte wie Verlässlichkeit, eine hohe Beratungsqualität und exzellenter Service ein primäres Anliegen. Die Vermeidung von langen Entscheidungswegen erhöht die Zufriedenheit unserer Kunden, die darauf setzen, bei ihren Anliegen kompetent, schnell und zuverlässig unterstützt zu werden.

Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER BILANZPOSITIONEN:

| | Bestand (in Mio. €) | | Bestand (in Mio. €) | |
|--|---------------------|---------------|---------------------|--------|
| | 31.12.2014 | | 31.12.2013 | |
| Geschäftsvolumen | 11.462,1 | | 11.275,7 | |
| Forderungen an Kunden | 8.200,9 | 71,5 % | 8.063,3 | 71,5 % |
| <i>darunter:</i> | | | | |
| grundpfandrechtl. gesichert | 3.392,6 | 29,6 % | 3.295,5 | 29,2 % |
| Kommunalkredite | 119,6 | 1,0 % | 127,9 | 1,1 % |
| Forderungen an Kreditinstitute | 671,5 | 5,9 % | 787,5 | 7,0 % |
| Wertpapiervermögen | 1.635,0 | 14,3 % | 1.470,1 | 13,0 % |
| Verbindlichkeiten ggü. Kunden | 7.444,3 | 64,9 % | 7.561,5 | 67,1 % |
| <i>darunter:</i> | | | | |
| Spareinlagen | 3.135,4 | 27,4 % | 3.105,3 | 27,5 % |
| Schuldverschreibungen | 209,4 | 1,8 % | 256,4 | 2,3 % |
| Täglich fällige Einlagen | 3.326,8 | 29,0 % | 3.473,0 | 30,8 % |
| Befristete Einlagen | 772,7 | 6,7 % | 726,8 | 6,4 % |
| Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten | 2.420,3 | 21,1 % | 2.239,5 | 19,9 % |
| Eventualverbindlichkeiten | 509,5 | 4,4 % | 447,7 | 4,0 % |
| Eigenkapital | 637,0 | 5,6 % | 602,7 | 5,3 % |

Die Erhöhung der Kundenforderungen um 137,6 Mio. EUR ist in erster Linie auf das Firmenkundengeschäft zurückzuführen. Das Neugeschäftsvolumen konnte trotz geringer Investitionsneigung ausgeweitet werden. Im Privatkundenbereich liegt das Neugeschäftsvolumen deutlich über dem Vorjahr, dem stehen jedoch hohe außerplanmäßige Rückflüsse gegenüber. Die daraus resultierende Bestandserhöhung entspricht den Erwartungen, bleibt aber leicht unterhalb der Planungen.

Die Kundenverbindlichkeiten reduzierten sich um 117,2 Mio. EUR stichtagsbedingt sowie aufgrund der Einengung der Konditionsgestaltung infolge des niedrigen Zinsniveaus primär im kurzen Laufzeitband des Firmenkundengeschäfts. Diese Entwicklung konnte durch ein erfolgreiches Einlagengeschäft im Privatkundenbereich nur teilweise kompensiert werden. Hier war die Sparkasse Bremen von einem leichten Wachstum ausgegangen.

Der Bestand der Wertpapieranlagen erhöhte sich um 164,9 Mio. EUR. Dabei wurden alle Bestände auch im Jahresabschluss 2014 nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bestände bei den Kreditinstituten verzeichneten eine gegenläufige Entwicklung. So reduzierten sich die Forderungen um 116,0 Mio. EUR, während die Verbindlichkeiten um 180,8 Mio. EUR anstiegen.

Zum Bilanzstichtag betrug das Kernkapital 639,1 Mio. EUR. Dies entspricht einer Kernkapitalquote von 8,0 %. Die Eigenmittel beliefen sich auf 826,6 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Verhältnis der Eigenmittel zu den gewichteten Risikoaktiva betrug 10,3 % und erfüllt damit die Eigenmittelanforderungen nach der seit Anfang 2014 geltenden europäischen Kapitalrichtlinie (Capital Requirements Regulation) von 8,0 % deutlich. Es bildet eine angemessene Ausgangsbasis für die weitere Geschäftsentwicklung.

Finanzlage

Die bereits in den Vorjahren komfortable Liquiditätslage konnte die Sparkasse Bremen auch im Geschäftsjahr 2014 bewusst aufrechterhalten. So stellte die Liquiditätskennziffer gemäß Liquiditätsverordnung einen wesentlichen Indikator für die kurzfristige Zahlungsbereitschaft dar. Im Jahresverlauf 2014 lag diese Liquiditätskennzahl mit einem Durchschnittswert von 2,26 und einem Korridor von 2,04 bis 2,44 jederzeit deutlich oberhalb der geforderten gesetzlichen Mindestnorm von 1,0.

Durch das laufende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank

hat die Sparkasse Bremen die Mindestreservevorschriften im Berichtsjahr durchgängig erfüllt.

Die Summe aus Barreserve, Forderungen an Kreditinstitute sowie Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren betrug zum Bilanzstichtag 1,77 Mrd. EUR.

Mit dieser komfortablen Liquiditätslage sowie den umfassenden Maßnahmen zum Management und zur Steuerung der Liquidität stellt die Sparkasse Bremen auch künftig die Zahlungsbereitschaft und die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen sicher.

Ertragslage

Die Ertragslage der Sparkasse Bremen ist weiterhin durch die Herausforderungen im Niedrigzinsumfeld geprägt. Positiv wirkten insbesondere die Steigerung des Provisionsergebnisses und die Reduzierung des Verwaltungsaufwandes infolge von Kostenoptimierungsmaßnahmen. Zusätzlich beeinflusste die erstmalige Anwendung des Wahlrechtes zur Aktivierung von latenten Steuern das Jahresergebnis. Die aktiven Steuerlatenzen in Höhe von

41,7 Mio. EUR resultieren im Wesentlichen aus dem kumulierten Bewertungsunterschied bei den Pensionsrückstellungen infolge der immer weiter steigenden und steuerrechtlich nicht voll abzugsfähigen Zinsaufwendungen (Diskontierungssatz). Die erfreuliche Ergebnissituation wurde für eine deutliche Dotierung der Vorsorgereserven genutzt. Darüber hinaus wurden 10,0 Mio. EUR dem Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zugeführt.

ENTWICKLUNG AUSGEWÄHLTER GUV-POSITIONEN:

| | Bestand (in Mio. €) | | Veränderung | |
|---|---------------------|-------------|--------------|----------------|
| | 2014 | 2013 | absolut | in % |
| Zinsüberschuss ¹ | 221,8 | 231,9 | -10,1 | -4,4 % |
| Provisionsüberschuss | 58,8 | 57,7 | 1,1 | 1,9 % |
| Verwaltungsaufwand | 185,3 | 208,6 | -23,3 | -11,2 % |
| Personalaufwand | 98,1 | 116,1 | -18,0 | -15,5 % |
| Sachaufwand ² | 87,2 | 92,5 | -5,3 | -5,7 % |
| Nettoergebnis des Handelsbestands | -5,3 | 0,3 | -5,6 | > -100,0 % |
| sonstige ordentliche Erträge und Aufwendungen | -31,9 | -9,7 | -22,2 | > -100,0 % |
| Ergebnis vor Bewertung | 58,1 | 71,6 | -13,5 | -18,9 % |
| Bewertungsergebnis ³ | -40,1 | -29,7 | -10,4 | 35,0 % |
| Verlustübernahme Beteiligungen | 3,1 | 10,5 | -7,4 | -70,5 % |
| Ergebnis nach Bewertung | 14,9 | 31,4 | -16,5 | -52,5 % |
| Außerordentliches Ergebnis | -5,1 | -5,1 | - | 0,0 % |
| Gewinnabhängige Steuern ⁴ | 25,6 | -3,6 | 29,2 | > 100,0 % |
| sonstige Steuern | -0,6 | -0,5 | -0,1 | 20,0 % |
| Jahresergebnis | 34,8 | 22,2 | 12,6 | 56,8 % |
| Dividende | 1,1 | 0,6 | 0,5 | 83,3 % |
| Rücklagenzuführung | 33,7 | 21,6 | 12,1 | 56,0 % |

¹ einschließlich GuV-Positionen 3 und 4

² einschließlich Abschreibungen

³ einschließlich Veränderungen der Vorsorgereserve

⁴ einschließlich latente Steuern

Die historischen Tiefstände der Marktzinsen führten zu einer weiteren Einengung der Handlungsspielräume in der Konditionsgestaltung, so dass sich der Zinsüberschuss der Sparkasse Bremen im Vergleich zum Vorjahr um 10,1 Mio. EUR auf 221,8 Mio. EUR reduzierte. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen der Rückgang der Inanspruchnahmen bei den Kontokorrentkrediten im Firmenkundengeschäft sowie die um 7,2 Mio. EUR auf 14,9 Mio. EUR zurückgegangenen laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren. Während sich die in den Zinsüberschuss einfließenden Erträge um 25,8 Mio. EUR auf 344,6 Mio. EUR verringerten, verzeichnete die Sparkasse Bremen beim Zinsaufwand einen Rückgang um 25,9 Mio. EUR auf 148,3 Mio. EUR. Insgesamt liegt das Zinsergebnis leicht unter den Erwartungen.

Entsprechend der Vorgaben des IDW RS BFA 3 hat die Sparkasse Bremen die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuches durchgeführt und mit einem positiven Ergebnis die Werthaltigkeit ihres Bankbuches festgestellt.

Mit einem Provisionsergebnis von 58,8 Mio. EUR konnte das Vorjahresergebnis um 1,1 Mio. EUR übertroffen werden und entsprach damit den Erwartungen. Das Ergebnis wurde maßgeblich durch die folgende Entwicklung beeinflusst: Der aufgrund des Zinsniveaus verhaltenen Nachfrage unter den Erwartungen liegende Beitrag aus dem Bauspar- und Vorsorgegeschäft wurde durch die positive Entwicklung der Vermögensverwaltung Bremen Kapital sowie durch zunehmende Ergebnisbeiträge aus dem Avalgeschäft und aus Entgelten im Rahmen von Projektfinanzierungen überkompensiert.

Vor dem Hintergrund eines kontinuierlichen Rückgangs des Zinsniveaus resultiert das negative Nettoergebnis aus Handelsgeschäften im Wesentlichen aus Bewertungsaufwendungen für Zinsderivate inklusive eines handelsrechtlichen Risikozuschlags. Die Zinsderivate wurden eingegangen, um eine kompensatorische Wirkung zur Wertentwicklung im Anlagebuch zu erzielen.

Im Vorjahr war der Personalaufwand wesentlich durch einmalige

Aufwendungen für Maßnahmen zur Prozess- und Kostenoptimierung geprägt. Dies berücksichtigend sowie aufgrund von geringen Tarifsteigerungen und veränderten versicherungsmathematischen Parametern bei der Berechnung der Pensionsrückstellungen verringerte sich der Personalaufwand um 15,5 % auf 98,1 Mio. EUR. Der Sachaufwand zeigt im Vorjahresvergleich erneut eine rückläufige Tendenz.

Aufgrund der Ergebnismrückgänge in den Ertragspositionen der operativen Geschäftstätigkeit verschlechterte sich die Cost Income Ratio, die sich als Quotient aus den Ertragsgrößen und dem Verwaltungsaufwand ermittelt, gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozentpunkte auf 80,2 %. Hier war die Sparkasse Bremen von einer leichten Verbesserung der Quote ausgegangen.

Das Bewertungsergebnis bewegt sich insgesamt auf Vorjahresniveau. Für den Kreditbereich hatte die Sparkasse Bremen auf Basis konservativer Annahmen, insbesondere vor dem Hintergrund einer unsicheren Entwicklung im Bereich der Schiffsfinanzierungen, einen im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Risikovorsorgebedarf prognostiziert. Tatsächlich verblieb die Risikovorsorge im Kreditgeschäft aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung einhergehend mit weniger Kreditausfällen auf Vorjahresniveau. Daneben wirkte sich das Bewertungsergebnis Wertpapiere durch realisierte Kursgewinne positiv aus. Im Bewertungsergebnis ist zudem die Zuführung von 10,0 Mio. EUR in den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB enthalten.

Der Steuerertrag in Höhe von 25,0 Mio. EUR (Vorjahr Steueraufwand: 4,1 Mio. EUR) ist im Wesentlichen auf die erstmalige Aktivierung von latenten Steuern zurückzuführen.

Der Jahresüberschuss erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 12,6 Mio. EUR auf 34,8 Mio. EUR. Die aus der Entwicklung der Ertragslage abgeleitete bilanzielle Eigenkapitalrentabilität vor Steuern reduzierte sich auf 1,5 % (Vorjahr: 4,5 %). Die Kapitalrendite gemäß § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG als Quotient aus Jahresergebnis und Bilanzsumme beträgt 0,32 %.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Entwicklung

Vor dem Hintergrund eines Zinsniveaus mit historischem Tiefstand, eines weiterhin anhaltenden Wettbewerbsdrucks und gestiegenen gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, welche die Kreditinstitute auch 2014 vor besondere Herausforderungen stellten, verlief in der Gesamtbetrachtung die wirt-

schaftliche Entwicklung der Sparkasse Bremen im vergangenen Geschäftsjahr noch im Rahmen der Erwartungen. Bei geordneten Finanz- und Vermögensverhältnissen verfügt die Sparkasse Bremen über eine zufriedenstellende Ertragskraft.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres 2014 haben sich keine wesentlichen Vorgänge ereignet.

Risikobericht

Die Geschäftstätigkeit der Sparkasse Bremen ist unabdingbar mit dem bewussten Eingehen von Risiken verbunden, wodurch ihre unternehmensstrategische Ausrichtung bestimmt ist. Eine nachhaltig erfolgreiche Umsetzung der Unternehmensstrategie setzt daher ein erfolgreiches Risikomanagement voraus. Die bewusste Übernahme von Risiken und deren Beherrschung wirkt sich somit unmittelbar auf den Erfolg aus und ist eine Voraussetzung zur Erzielung einer angemessenen Rendite.

Risiken ergeben sich aus der unerwartet nachteiligen bzw. negativen Entwicklung für die Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage. Die Risikoübernahme und -steuerung dient somit der langfristigen Sicherung der Unternehmensfortführung und erfolgt daher grundsätzlich unter der risikostategischen Beachtung folgender Aspekte: Es muss auf der einen Seite für die Übernahme der Risiken ausreichendes Risikodeckungskapital vorhanden und auf der anderen Seite ein angemessener Ertrag zu erwarten sein. Darüber

Risikomanagement

Ziel des Risikomanagements

Die grundsätzliche Zielsetzung des Risikomanagements ist die laufende Sicherstellung der Tragfähigkeit der eingegangenen Risiken. Das Risikomanagement der Sparkasse Bremen ist integraler Bestandteil der strategischen und operativen Gesamtbanksteuerung. Die aus dem Geschäftsmodell der Sparkasse Bremen resultierenden Aktivitäten erfordern die Fähigkeit zur Identifizierung, Messung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung sowie die Kommunikation der Risiken. Dabei ist die adäquate Unterlegung der Risiken mit Eigenkapital notwendige Bedingung für die Geschäftstätigkeit der Bank. Der Gesamtbank- und Risikomanagementansatz der Sparkasse Bremen orientiert sich daher an den Erfordernissen des Geschäftsmodells.

Um diese Grundsätze sicherzustellen, hat der Gesamtvorstand für die Übernahme und den Umgang mit Risiken eine Risikostrategie für die wesentlichen Risiken festgelegt. Die Risikostrategie einschließlich ihrer Teilrisikostrategien baut auf der Unternehmensstrategie auf und umfasst die wesentlichen risikotragenden Geschäftsaktivitäten, die Ziele der Risikosteuerung einschließlich der Vorgaben zur Akzeptanz und Vermeidung von Risiken sowie die Maßnahmen zur Zielerreichung. Sie wird einmal jährlich überprüft und mit dem Aufsichtsrat erörtert.

Im Rahmen eines standardisierten Prozesses werden vor Einführung neuer Produkte bzw. vor Geschäftsabschlüssen in neuen Märkten mögliche Risiken analysiert und bewertet. Der Prozess schließt dabei den Einbezug der Funktionen Risikocontrolling, Compliance und Revision in die Beschlussfassung mit ein.

Zuständigkeiten

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die laufende Überwachung aller Risiken. Unterstützt wird er dabei durch den Ausschuss Gesamtbanksteuerung, der die Risiken steuert und Entscheidungen für grundsätzliche Vorgaben zur Strategie, Risikodeckungsmasse und Risikolimit auf Basis der Ergebnisse aus dem Ausschuss Treasury sowie dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung vorbereitet.

In Übereinstimmung mit den Anforderungen des § 25d KWG hat

hinaus ist die Erfüllung der bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen sicherzustellen.

Das Risikomanagementsystem der Sparkasse Bremen regelt den aufbau- und ablauforganisatorischen Rahmen zur Steuerung und Überwachung von Risiken. Es erfüllt die organisatorischen Anforderungen des § 25a KWG und ist wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung, in die auch die ausgelagerten Bereiche einbezogen sind. Das implementierte Risikomanagementsystem erfüllt darüber hinaus die Vorschrift des § 91 Abs. 2 AktG, nach der der Vorstand geeignete Maßnahmen zu treffen hat, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Sparkasse Bremen gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden. Das Risikofrüherkennungssystem i.S.v. § 91 Abs. 2 AktG ist auf die Früherkennung bestandsgefährdender Entwicklungen und damit auf einen wichtigen Teilaspekt des Risikomanagements ausgerichtet.

der Aufsichtsrat der Sparkasse Bremen einen Kredit- und Risikoausschuss sowie einen Präsidialausschuss bestimmt. Die Aufgaben des Kredit- und Risikoausschusses entsprechen denen in § 25d Abs. 8 KWG genannten, während der Präsidialausschuss u. a. die Aufgaben und Befugnisse eines Prüfungs-, Nominierungs- und Vergütungskontrollausschusses im Sinne des § 25d Abs. 9, 11 und 12 KWG wahrnimmt.

Darüber hinaus bedarf der Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrats zum Erwerb, zur Veräußerung und Belastung von Beteiligungen an anderen Unternehmen sowie zu Kapitalmaßnahmen in Verbindung mit Beteiligungen, soweit der bilanzielle Zu- oder Abgang im Einzelfall 3 % des haftenden Eigenkapitals der Gesellschaft übersteigt, zu wesentlichen Kredit- und Beteiligungsfragen, zur Errichtung, Verlegung und Schließung von Zweigniederlassungen, für Entscheidungen oder Maßnahmen, die geeignet sind, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft grundlegend zu verändern, zur Übernahme von Bürgschaften, Garantien oder anderen Haftungen außerhalb des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs sowie zum Abschluss, zur Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen.

Die Sparkasse Bremen hat eine Risikocontrollingfunktion eingerichtet, die aufbauorganisatorisch von den Bereichen getrennt ist, die für die Initiierung bzw. den Abschluss von Geschäften zuständig sind. Die Risikocontrollingfunktion hat dabei insbesondere die Aufgabe, die Geschäftsleitung in allen risikopolitischen Fragen, besonders bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung des Systems zur Begrenzung der Risiken bzw. der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse zu unterstützen. Sie stellt die laufende Überwachung der Risikosituation des Instituts und der Risikotragfähigkeit sowie der Einhaltung der eingerichteten Risikolimits einschließlich der regelmäßigen Berichterstattung an die Geschäftsleitung sicher und verantwortet die Prozesse zur unverzüglichen internen Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen.

Die Risikomanagementprozesse werden in der Sparkasse Bremen durch das Risikocontrolling bzw. die Einheit Kreditmanagement verantwortet, die beide dem Überwachungsvorstand unterstehen. Ihnen obliegen die Methodenverantwortung für alle risikorelevanten Themen, die Risikoüberwachung sowie das Berichtswesen. Abhängig von der Dynamik einzelner Risikoarten

bzw. zugeschnitten auf die unterschiedlichen Adressaten erfolgt dabei neben dem täglichen Risikobericht ein monatliches Reporting über die Entwicklung aller Risiken für den Gesamtvorstand bzw. die zuständigen Ausschüsse, welches eine frühzeitige Risikoerkennung und -steuerung ermöglicht sowie eine Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen in den Unternehmensbereichen unterstützt.

Risikoreporting

Kernelemente der Risikoberichterstattung sind der monatliche Risikobericht bzw. der quartalsweise Kreditrisikobericht, in denen die steuerungsrelevanten Aussagen zur Entwicklung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenziale und deren Auslastung durch Risiken, der Entwicklung des Kreditportfolios sowie zum Umfang und zur Entwicklung der Risikovorsorge zusammengefasst werden.

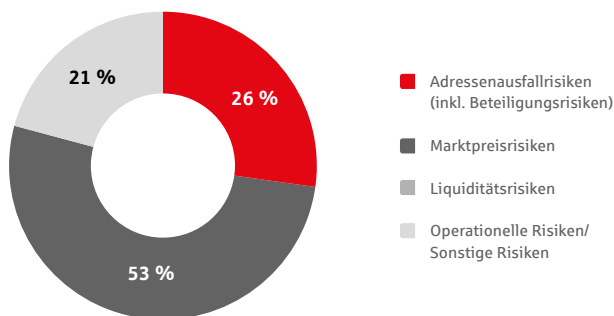
Im Rahmen der Berichterstattung informiert die Sparkasse Bremen auf Grundlage von Schwellenwertbetrachtungen frühzeitig über unerwartete Entwicklungen. Die Basis hierfür stellt ein gemäß MaRisk für alle wesentlichen Risikoarten eingerichtetes Frühwarnsystem.

Risikocontrolling

Das Konzept zur regelmäßigen Überwachung von Deckungsmasse und Risikoengagement stellt auf Basis eines ökonomischen und eines GuV-orientierten Steuerungskreises sicher, dass die Risikotragfähigkeit zu jeder Zeit gewährleistet ist. Hierbei werden betriebswirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund gestellt und aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Risikotragfähigkeit als strenge Nebenbedingungen berücksichtigt. Das Limitsystem ist am ökonomischen Risikodeckungspotenzial ausgerichtet. Dazu wird das über alle Risikoarten ermittelte Gesamtrisiko regelmäßig der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse gegenübergestellt. Das Gesamtrisiko stellt die innerhalb eines Jahres aggregierten, unerwarteten Verluste dar, die mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 % nicht überschritten werden. Bei der Aggregation der unterschiedlichen Risikoarten werden risikomindernde Korrelationen darüber hinaus nicht berücksichtigt.

Die regelmäßige Risikomessung wird um die laufende und einzelfallbezogene Analyse einzelner Stresstests, inverser Stresstests, Szenarien und Konzentrationsrisiken ergänzt, die eine bessere Einschätzung der denkbaren Auswirkungen von seltenen, aber potenziell schwerwiegenden Ereignissen und Marktstörungen für die Sparkasse Bremen ermöglichen. Mit Hilfe dieser Stresstests kann damit auf Gesamtbank- und Teilportfolioebene bereits frühzeitig die Notwendigkeit zur Ableitung von Steuerungsmaßnahmen ermittelt werden.

AUFTEILUNG DER RISIKEN IN DER SPARKASSE BREMEN PER 31.12.2014



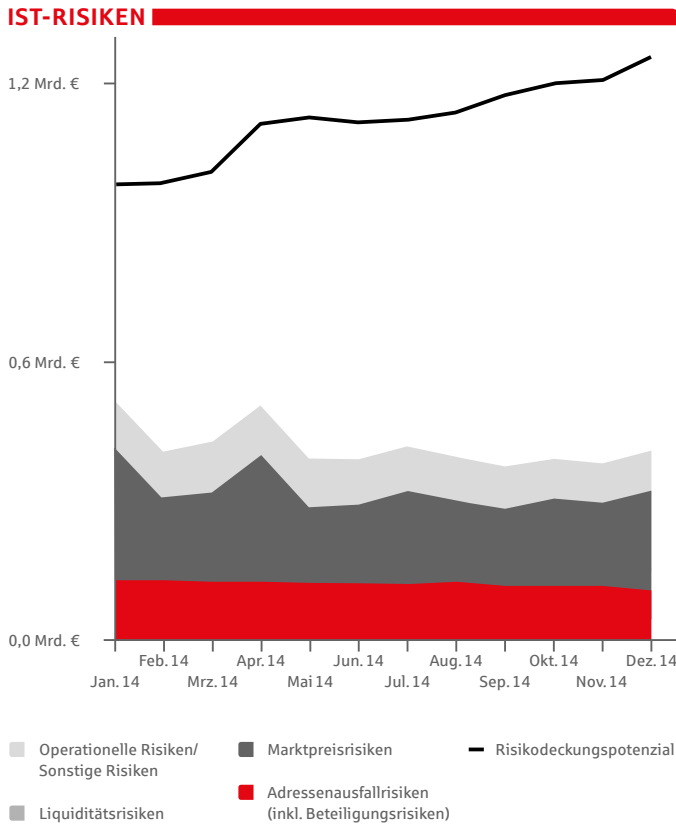
Eine Bestandsaufnahme aktuell bestehender Risiken sowie potenzieller Risiken der künftigen Entwicklung, die bestandsgefährdend sein könnten, werden durch eine jährliche Risikoinventur erkannt und durch regelmäßige Analysen von Stresstests begleitet. Auf Basis der Risikoinventur wird der Risikobeitrag der Tochtergesellschaften als unwesentlich beurteilt. Die folgenden Darstellungen beziehen sich daher auf die Sparkasse Bremen.

Aktuell werden im Risikomanagement fünf Arten von wesentlichen Risiken aus der bankbetrieblichen und unternehmerischen Tätigkeit identifiziert. Hierzu zählen das Adressenausfallrisiko (inkl. Beteiligungsrisiko und Länderrisiko), das Marktpreisrisiko (inkl. Zinsänderungsrisiko und Credit-Spread-Risiko), das Liquiditätsrisiko, die operationellen Risiken sowie das Eigenkapitalrisiko. Risiken aus Ergebnisschwankungen, die durch Geschäftsvolumenänderungen oder Margenänderungen begründet sein können, werden als wesentliche Teilkomponenten in den anderen Risikoarten mit berücksichtigt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Geld- und Kapitalmarktentwicklungen wurden neben der turnusmäßigen Überprüfung der Limite darüber hinaus ergänzende Analysen ausgewählter Portfolien und Positionen durch anlassbezogene Stresstests im Hinblick auf höhere Eigenmittelanforderungen durchgeführt. Bei identifizierten Handlungsnotwendigkeiten wurden darauf aufbauend entsprechende Handlungsstrategien festgelegt.

Die Risikotragfähigkeit war im Jahr 2014 in beiden Steuerungskreisen zu jeder Zeit gegeben, was auch die Ergebnisse zu einzelnen Stresstests auf Gesamtbankebene vollständig einschließt. Auch die regulatorischen Anforderungen an die Risikotragfähigkeit wurden zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Das zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungspotenzial ist darüber hinaus im Verlauf des Jahres 2014 deutlich angestiegen.

Die Summe aller barwertigen Risiken lag im Jahresdurchschnitt deutlich unterhalb des zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzials.



Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die Summe der gewichteten risikotragenden Aktiva, der Risiken aus Marktrisikopositionen und des Anrechnungsbetrags für operationelle Risiken überschritt per 31. Dezember 2014 mit einer Gesamtkennziffer von 10,3%, wie in den Vorjahren, deutlich den von der Bankenaufsicht vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0%.

Anforderungen gemäß § 27 PfandBG

Das Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft ist in das Gesamtkonzept integriert und erfüllt die sich aus § 27 PfandBG ergebenden Anforderungen. Das sich aus den Deckungsstöcken ergebende Marktrisiko wird mittels der Anwendung TXSUITE ermittelt. Auf Basis der barwertwertigen Deckungsrechnung werden zur Quantifizierung des Marktrisikos standardisierte Zinsschocks gemäß PfandBarwertV auf den Barwert des Deckungsstockes ermittelt. Die Zinsänderungs- und Adressausfallrisiken werden in das Risikolimitsystem auf Gesamtbankebene einbezogen.

Zur Sicherung der Liquidität für die nächsten 180 Tage gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG erfolgt ein täglicher Abgleich der fällig werdenden Forderungen, die in den Deckungsstock eingetragen sind, und der fällig werdenden Verbindlichkeiten aus ausstehenden Pfandbriefen.

Die Entwicklung des Deckungsstockes wird monatlich im Rahmen des Risikoberichtes an den Ausschuss Gesamtbanksteuerung, dem alle Vorstandsmitglieder angehören, und den Ausschuss Treasury berichtet. Darüber hinaus ist im Rahmen der täglichen Überwachung ein Ad-hoc-Meldeverfahren für den Fall negativer Entwicklungen implementiert.

Die internen Vorschriften hinsichtlich der Aufnahme neuer Produkte berücksichtigen neben den Anforderungen aus den MaRisk auch die Anforderungen, die sich aus § 27 PfandBG ergeben.

Adressenausfallrisiken

Unter dem Adressenausfallrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung für einen Kredit gemäß § 19 Abs. 1 KWG aufgrund eines Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung eines Geschäftspartners und die damit verbundene Gefahr, dass überlassenes Kapital nicht oder nur teilweise zurückgezahlt wird.

Zur Quantifizierung des ökonomischen Kreditrisikos auf Portfolioebene werden die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Methoden und Verfahren eingesetzt, die eine integrierte Betrachtung des Adressenausfallrisikos in der gesamten Sparkasse Bremen ermöglichen. Das in diesem Zusammenhang eingesetzte Value-at-Risk-Verfahren (VaR) auf Basis von CreditPortfolioView (CPV) ermöglicht für die Betrachtung der Ausfallrisiken auf Gesamtbankenebene eine portfolioorientierte Berechnung mit einer entsprechenden Ermittlung der Auslastung der Risikodeckungsmassen. Dadurch ist für die Berechnung des Adressenausfallrisikos ein zu den Marktpreisrisiken von der Methodik her passender Messansatz gegeben.

Die Übernahme und der Umgang von bzw. mit Adressenausfallrisiken sind in der Kreditrisikostategie mit ihren strategischen und geschäftspolitischen Zielsetzungen und Limitierungen geregelt. Die wesentlichen geschäftspolitischen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation im Kreditgeschäft sind in Organisationsrichtlinien festgelegt und wurden in Form elektronischer Arbeitsregeln der Unterlagen den Geschäftsbereichen zur Verfügung gestellt.

Zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung und langfristigen Existenzsicherung der Sparkasse Bremen erfolgt die Steuerung und Überwachung des Kreditgeschäfts unter Ertrags- und Risikogesichtspunkten in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement sowie im Ausschuss Kreditrisikosteuerung.

Die Informationen zu den wesentlichen strukturellen Merkmalen des Kreditportfolios werden im vierteljährlichen Kreditrisikobericht dargestellt. Primäre Adressaten des Berichtes sind neben der Geschäftsleitung und dem Ausschuss Kreditrisikosteuerung der Kredit- und Risikoausschuss des Aufsichtsrates.

Als wesentliche Instrumente zur Bonitätsbeurteilung im Kreditgeschäft wendet die Sparkasse Bremen für Firmen- und Privatkunden sowie für Handelspartner unterschiedliche Ratingverfahren an, um eine angemessene Einschätzung des Risikos zu gewährleisten. Dabei werden Verfahren der Sparkassen-Finanzgruppe eingesetzt, die für jeden Kunden die individuelle Bonität bestimmen. Ferner werden im Handelsgeschäft zusätzlich externe Ratings verwendet. Damit stehen für das Privat- und Firmenkundengeschäft sowie für das Handelsgeschäft geeignete Instrumente zur Risikoklassifizierung zur Verfügung. Dabei wird mit einer Ratingquote von ca. 98,8% bei den Firmenkunden bzw. ca. 99,9% bei den Privatkunden fast das gesamte Kundenkreditvolumen von dem Risikobewertungssystem erfasst. Hier konnte die Ratingstruktur mit ca. 92,1% im Bereich des Investment Grades (Ratingnoten von 1 bis 9) nahezu auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Das Kundenkreditportfolio der Sparkasse Bremen wird im Schwerpunkt durch das Firmenkundengeschäft geprägt. So beträgt der Anteil rund 67,7% des Gesamtkundenportfolios von ca. 10,8 Mrd. EUR, dessen Branchenstruktur durch das Dienstleistungsgewerbe geprägt wird.

Die Entscheidungsbefugnisse bei einer Kreditbewilligung sind nach Kreditvolumen und Risikogehalt abgestuft geregelt. So werden Kreditentscheidungen risikoabhängig stets auf adäquater Kompetenzebene sowie auf Grundlage von detaillierten Risikobewertungen des Marktes getroffen. Bei bestimmten Kriterien ist die zusätzliche Risikobewertung durch ein vom Markt unabhängiges Votum erforderlich. Nach der Satzung bzw. Geschäftsordnung für den Vorstand bedürfen Kredite ab einer bestimmten Höhe der Zustimmung des Kredit- und Risikoausschusses.

Zur rechtzeitigen Identifizierung von Risiken aus dem Kredit- und Handelsgeschäft hat die Sparkasse Bremen Frühwarnsysteme im Einsatz, die unter Berücksichtigung von Marktentwicklungen weiterentwickelt werden.

Für die Begleitung der durch das Risikofrüherkennungssystem identifizierten Kreditengagements (Intensivbetreuung) bzw. sanierungsbedürftigen Kreditengagements (Sanierung) sowie für Problemkreditfälle (Abwicklung) werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit besonderem Know-how in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement eingesetzt.

Für erkennbare akute und latente Adressenausfallrisiken wird eine ausreichende Risikovorsorge durch Einzelwertberichtigungen, Pauschalwertberichtigungen und Rückstellungen gebildet. Bei der Ermittlung der Einzelwertberichtigung werden die werthaltigen Sicherheiten der Inanspruchnahme gegenübergestellt. Der nicht durch Sicherheiten gedeckte Teil der Inanspruchnahme wird wertberichtigt. Die Angemessenheit der Risikovorsorge wird regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Verantwortung hierfür liegt in der marktunabhängigen Einheit Kreditmanagement.

Die Beteiligungsrisiken werden als besondere Ausprägung der Adressenausfallrisiken über einen eigenen Ansatz behandelt und mit Hilfe eines eigenständigen, turnusmäßigen Beteiligungscontrollings und -berichts wesens überwacht und gesteuert.

Die Sparkasse Bremen hat gemäß § 312 AktG einen Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt. Dieser Bericht schließt mit folgender Erklärung ab: „Gemäß § 312 Abs. 3 AktG erklären wir als Vorstand der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr 2014 nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem das Rechtsgeschäft vorgenommen oder die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, bei jedem Rechtsgeschäft mit verbundenen Unternehmen oder bei jedem Rechtsgeschäft auf Veranlassung oder im Interesse dieser Unternehmen eine angemessene Gegenleistung erhielt und dadurch, dass die Maßnahme getroffen oder unterlassen wurde, nicht benachteiligt wurde.“

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr einer Wertminderung von Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Marktparameter wie Zinsen und Aktienkursen. Das Fremdwährungsrisiko im Sinne eines Kurswährungsrisikos wird dabei ebenso wie die Credit-Spread-Risiken als wesentliche Risikokomponente der Marktpreisrisiken quantifiziert und in den Risikomanagementprozess integriert. Das Optionsrisiko ist dem jeweiligen Underlying entsprechend einem dieser Risiken zugeordnet.

Für die Marktpreisrisiken der Sparkasse Bremen wurden vorstandsseitig Risikolimits festgelegt. Deren Einhaltung wird arbeitstäglich vom Risikocontrolling überwacht. Die zukünftigen potenziellen Verlustrisiken werden durch ein Risikolimit begrenzt, bei dem das Gesamtrisiko der marktpreisrisikobehafteten Positionen nach dem Value-at-Risk-Verfahren (VaR) gemessen wird. Dabei setzt die Sparkasse Bremen den Varianz-Kovarianz-Ansatz um, der durch RiskMetrics (JP Morgan) entwickelt wurde. Dieses Verfahren ermöglicht es, für komplexe Portfolios eine Vergleichsgröße zu gewinnen, da es die zwischen Marktparametern bestehenden Abhängigkeiten berücksichtigt. Die DV-Implementierung erfolgt durch die Softwareanwendung SimCorp Dimension der Firma SimCorp GmbH.

Der VaR (Konfidenzniveau 99,9 %, Haltedauer 250 Handelstage) sämtlicher Marktpreisrisikopositionen lag im Jahr 2014 unterhalb des vorgegebenen Risikolimits und ist im Jahresvergleich gesunken. Die Risikoreduktion resultiert aus angepassten Parametern der Risikomessung sowie der Integration der Pensionsrückstellungen in das strategische Zinsbuch.

Zur Überprüfung des VaR-Risikomodells wird für den Handelsbestand und weitere wesentliche Portfolien täglich ein Backtesting durchgeführt. Die Ergebnisse des Backtestings lassen auch im

Rückblick auf 2014 den Schluss zu, dass das verwendete Modell angemessen ist.

Darüber hinaus werden im regelmäßigen Turnus mit Hilfe von Stresstests extreme Marktbewegungen des Handelsbereichs simuliert.

Das Zinsänderungsrisiko als Unterart des Marktpreisrisikos beschreibt die Gefahr einer von Marktzinsänderungen herbeigeführten negativen Abweichung von einer erwarteten Zinsergebnisgröße und wird aufgrund seiner Bedeutung für die Sparkasse Bremen gesondert gesteuert und überwacht. Dies erfolgt institutionalisiert durch den Ausschuss Treasury. Vorbereitend unterstützen hierbei das Treasury und das Risikocontrolling. Dabei legt der Anlageausschuss die hausinterne Zinsprognose fest. Im Ausschuss Treasury werden sowohl hausindividuelle Refinanzierungsaufschläge als auch Maßnahmen zur Steuerung der Marktpreisrisiken innerhalb der Limite festgelegt.

Bei der Zinsbuchausrichtung verfolgt die Sparkasse Bremen eine aktive Steuerung. Dabei wird das Zinsbuch durch den Ausschuss Treasury entsprechend der aktuellen Zinsmeinung und innerhalb aufsichtsrechtlicher Vorgaben sowie intern gesetzter Limite gesteuert.

Die Risikomessung erfolgt nach dem VaR-Konzept auf Basis der modernen historischen Simulation. Zusätzlich erfolgt eine Messung der Barwertveränderungen unter einer simulierten Ad-hoc-Verschiebung der Zinsstrukturkurve um +/- 200 Basispunkte nach aufsichtlichen Vorgaben (Baseler Zinsschockszenario gemäß BaFin-Rundscheiben 11/2011). Zum Jahresende lag die Auslastung bei 11,9 % und damit unterhalb der aufsichtsrechtlichen Schwelle von 20 %, wobei das Zinsschockszenario -200 BP das relevante Risikoszenario darstellte.

Liquiditätsrisiko

Unter dem Liquiditätsrisiko versteht die Sparkasse Bremen zum einen die Gefahr, dass fällige Zahlungsverpflichtungen nicht bzw. nicht vollumfänglich erfüllt werden können. Zum anderen ist auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko gemeint. Dieses bezeichnet die Gefahr, dass aus der Veränderung der eigenen Refinanzierungskurve aus der Liquiditätsfristentransformation innerhalb eines bestimmten Zeitraumes ein Verlust entsteht.

Diese Risiken werden von der Sparkasse Bremen sowohl im Rahmen der Liquiditätsplanung und -steuerung als auch durch die Einhaltung der Liquiditätskennzahl nach der Liquiditätsverordnung gesteuert. Ergänzend erfolgt seit 2014 im Rahmen einer aufsichtlichen Beobachtungsphase die Messung der Liquidity Coverage Ratio (LCR), die eine kurzfristige Liquiditätskennzahl auf Basis von Bilanzwerten mit einem Horizont von 30 Tagen darstellt und hochliquide Aktiva in das Verhältnis zu den Einnahmen und Ausgaben setzt.

Zur Verbesserung der Transparenz des kurzfristigen Liquiditätsrisikos und der aktuellen Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wird darüber hinaus monatlich ein Liquidity at Risk berechnet, dem eine dispositive Liquiditätsübersicht (Liquidity Ladder) gegenübergestellt wird. Quartalsweise wird darüber hinaus die Diversifikation der Kapitalstruktur analysiert.

Risiken aus Zahlungsstromschwankungen werden, soweit sie für die Beurteilung der Lage oder der künftigen Entwicklung von Belang sein können, bei den jeweiligen Risikoarten implizit mitbehandelt. So sind etwa zinsbezogene Zahlungsstromschwankungen bei variabel verzinslichen Finanzinstrumenten in der Zinsbuchsteuerung berücksichtigt, während schwankende Zahlungsströme durch Kundendispositionen im Rahmen der kurzfristigen Liquiditätssteuerung durch das Treasury gesteuert werden.

Darüber hinaus werden regelmäßig die Auswirkungen von Ratingmigrationen im Allgemeinen und Liquiditätsengpässen auf die Handelsgeschäfte im Besonderen simuliert. Ergänzend dazu wird mit der monatlichen Liquiditätsübersicht in Form einer Liquiditätsablaufbilanz eine Analyse bereitgestellt, in der die erwarteten voraussichtlichen Mittelzuflüsse den erwarteten voraussichtlichen Mittelabflüssen gegenübergestellt werden, um mögliche Liquiditätsbedarfe zu identifizieren.

Des Weiteren erfüllt die bestehende Notfallplanung neben einer effizienten Steuerung des Liquiditätsrisikos in schwierigen Marktsituationen auch die ergänzenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen bereits vollständig.

Die Sparkasse Bremen verfügt über ein Frühwarnsystem für die tägliche Überwachung des Liquiditätsrisikos. Zudem findet das Liquiditätsrisiko im Rahmen der jährlich durchzuführenden inversen Stresstests Berücksichtigung.

Die Liquiditätskennzahl gemäß Liquiditätsverordnung lag 2014 regelmäßig über der erforderlichen Mindestnorm und spiegelt die stabile Liquiditätssituation der Sparkasse Bremen wider. Zum Jahresende 2014 lag diese bei 2,15 (Vorjahr 2,42). Auch die nach Basel III im Rahmen einer Beobachtungsphase zu ermittelnde LCR-Kennziffer lag im Jahresdurchschnitt mit 0,92 jederzeit über der Beobachtungsmarke von 0,60.

Gemäß der Refinanzierungsstrategie bedient sich die Sparkasse Bremen zur Steuerung des Liquiditätsrisikos neben den Kundeneinlagen der Instrumente des Geldmarktes, der Emission von Inhaberschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen sowie Pfandbriefen.

Operationelle Risiken

Als operationelle Risiken bezeichnet die Sparkasse Bremen die Gefahr von Schäden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Die Sparkasse Bremen nutzt für das Management operationeller Risiken Konzepte und Software, die beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband unter Beteiligung vieler Sparkassen entwickelt wurden. Neben den allgemeinen Grundlagen sind dies eine Schadenfalldatenbank sowie die Methoden der jährlichen Risikoinventur. Darüber hinaus verwendet die Sparkasse Bremen zur rechtzeitigen Identifikation operationeller Risiken ein indikatorbasiertes Frühwarnsystem. Zur Steuerung der vorhandenen Dienstleistungsbeziehungen bzw. der ausgelagerten bankfachlichen und dv-technischen Funktionen existiert darüber hinaus eine zentrale Dienstleistersteuerung innerhalb der Einheit Organisation und Informationstechnologie. Diese führt für alle wesentlichen Auslagerungen gemäß § 25a KWG eine regelmäßige Leistungsüberwachung durch, die im Rahmen einer vierteljährlichen Auslagerungsbeurteilung erfolgt. Darüber hinaus werden die wesentlichen Dienstleister in die OpRisk-Risikoinventur und in das Frühwarnsystem integriert.

Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgen sowohl in der Risikoinventur als auch in der Risikolandkarte anhand strukturiert aufbereiteter Szenarien sowie qualitativer Fragen.

Die Schadenfalldatenbank dient zur systematischen Erfassung eingetretener Verluste aus operationellen Risiken und darauf aufbauender Maßnahmen. Die tatsächlichen Verluste aus operationellen Risiken lagen 2014, wie auch schon in den Vorjahren, signifikant unterhalb des zur Überprüfung der Risikotragfähigkeit nach dem Basisindikatoransatz berechneten Betrages. Die Gesamtsumme der Schadenfälle ist gegenüber dem Vorjahr moderat gesunken. Nach den insgesamt vorliegenden Informationen waren als Ergebnis der Risikoinventur auch 2014 keine den Bestand

gefährdenden operationellen Risiken für die Sparkasse Bremen und ihre nachgeordneten Unternehmen erkennbar.

Die Bewertung und Steuerung der über alle Methoden ermittelten Ergebnisse liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Unter Berücksichtigung von Kosten- und Effizienzaspekten entscheiden diese über den Einsatz von Begrenzungs- und Verbesserungsmaßnahmen. Sollte es im Rahmen einer Steuerungsentscheidung zur Einleitung einer Maßnahme kommen, so wird diese (bei entsprechender Bedeutung) in den Planungsprozess der Sparkasse Bremen integriert.

Rechtsrisiken als Teil der operationellen Risiken werden durch eine sorgfältige Prüfung der vertraglichen Grundlagen und den Einsatz gebräuchlicher und juristisch geprüfter Standardverträge reduziert.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen stellen Informationen und sichere Prozesse zentrale Ressourcen für den Geschäftserfolg dar. Die Sparkasse Bremen bedient sich in großem Umfang der technischen Möglichkeiten der Informationsverarbeitung, um einen hohen Wirkungsgrad für ihre Geschäftsprozesse sicherzustellen. Ziel der Notfall- und Sicherheitsarchitektur ist es daher, die Sparkasse Bremen und ihre Kunden durch eine Kombination von organisatorischen, personellen, technischen und baulichen Maßnahmen in Bezug auf alle relevanten Risiken umfassend zu schützen. Somit sollen die Verfügbarkeit, Integrität, Vertraulichkeit und Verbindlichkeit der Informationen und Prozesse sichergestellt und das Ausmaß möglicher Schäden begrenzt werden.

Die durchgeführten Notfalltests sowie die vorhandenen Notfallhandbücher und Sicherheitsleitlinien definieren den hohen Anspruch und die Anforderungen an das Sicherheitsmanagement der Sparkasse Bremen, ihrer Tochterunternehmen und externer Leistungserbringer.

Die zentrale Stelle für Prävention im Rahmen der KWG-rechtlichen Anforderungen wird durch das zentrale OpRisk-Controlling der Einheit Risikocontrolling unterstützt.

Eigenkapitalrisiko

Unter dem Eigenkapitalrisiko versteht die Sparkasse Bremen die Gefahr, dass in absehbarer Zukunft die aus dem Geschäftsumfang und den damit verbundenen Risiken entstehenden Eigenmittelanforderungen nicht durch ausreichende Eigenmittel gedeckt werden können.

Die Steuerung des Eigenkapitalrisikos nach den Anforderungen der MaRisk erfolgt über einen Kapitalplanungsprozess, der sowohl quantitativ als auch qualitativ die zukünftige Unterlegung der Eigenmittelanforderungen ermittelt und mögliche Steuerungsnotwendigkeiten aufzeigt.

Die Messung der Eigenmittelanforderungen sowie der Eigenmittel erfolgt auf Basis standardisierter Prozesse des Meldewesens. Hierauf aufbauend werden Simulationsrechnungen durchgeführt, um den zukünftigen Eigenmittelbedarf abzuschätzen.

Die Steuerung der Solvabilität erfolgt im Ausschuss Gesamtbanksteuerung unter Berücksichtigung interner Zielgrößen und externer Schwellenwerte. Die Steuerungsentscheidungen werden durch den Ausschuss Treasury (Eigenmittelsteuerung) sowie den Ausschuss Kreditrisikosteuerung (Eigenmittelanforderungen) umgesetzt bzw. koordiniert.

Zusammenfassende Aussage der Risikolage

Die Steuerung der Gesamtrisiken erfolgt bei der Sparkasse Bremen in einem dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte angemessenen Umfang. Risiken der künftigen Entwicklung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentwicklung

haben können und für die Sparkasse Bremen bestandsgefährdend sein könnten, sind nicht erkennbar, so dass auch zukünftig die Risikotragfähigkeit gewährleistet ist.

Prognosebericht

Im Folgenden berichtet die Sparkasse Bremen über die voraussichtliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2015. Der Prognosezeitraum umfasst ein Jahr. Die Prognose beruht auf aktuellen Erwartungen und heutigen Annahmen, die sich auf die allgemein erwartete gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die operative Planung, die mittelfristige Ergebnisplanung sowie langjährige Erfahrungen stützen. Naturgemäß ist jedoch jede Aussage über zukünftige Ereignisse – insbesondere in Zeiten höchst volatiler Rahmenbedingungen – mit dem Risiko verbunden, dass die tatsächliche Entwicklung anders verläuft.

Die Sparkasse Bremen sieht sich in den nächsten Jahren weiterhin in einem Niedrigzinsumfeld bei moderatem Wirtschaftswachstum. Die steigenden Anforderungen aus der Regulierung erfordern weiterhin eine optimale Bewirtschaftung des Eigenkapitals und erhöhen den Renditeanspruch an kapitalintensive Geschäfte.

Wachstumspotenzial sieht die Sparkasse Bremen weiterhin in den Geschäftsfeldern Wohnungsbaufinanzierung und Firmenkunden, in denen sie ihren Wettbewerbsvorteil aufgrund der regionalen Nähe nutzen kann. Durch eine Intensivierung der Vertriebsaktivitäten geht sie von einem Ausbau der Bestände im Wohnungsbaugeschäft aus. Die Margenentwicklung bei den Privatkunden im Aktivgeschäft plant sie auf konstantem Niveau. Im Aktivgeschäft des Firmenkundenbereiches plant sie aufgrund der Wirtschaftsprognosen einen leichten Bestandszuwachs. Für diesen Bereich geht die Sparkasse Bremen von einer Ergebnisverbesserung des Zinskonditionsbeitrages und aufgrund der Konzentration auf bessere Bonitäten von einem anhaltend moderaten Risikovorsorgebedarf aus.

Für den Passivbereich erwartet die Sparkasse Bremen eine leichte Ausweitung des Kundengeschäftsvolumens. Die anhaltend niedrigen Marktzinsen werden allerdings zu einem moderaten Rückgang der Margen führen.

Insgesamt rechnet die Sparkasse Bremen mit einem leichten Anstieg des Zinsüberschusses.

Beim Provisionsüberschuss plant die Sparkasse Bremen insgesamt einen geringen Anstieg. So erwartet sie im laufenden Jahr eine moderate Steigerung der Wertpapierprovisionen durch ein weiteres Wachstum in ihrer Vermögensverwaltung. Im Giroverkehr soll insbesondere durch neue Kontomodelle eine Sicherung der Provisionserträge erfolgen, die aufgrund zu erwartender Belastungen aus der Regulierung unter Ergebnisdruck geraten. Auch bei den Provisionserträgen aus dem Bauspar- und Versicherungsgeschäft geht sie von einer Seitwärtsbewegung aus. Dem steht ein leichter Rückgang in den Projektentgelten aus Spezialfinanzierungen gegenüber.

In ihren Planungen berücksichtigt die Sparkasse Bremen die bankaufsichtlichen Anforderungen nach Basel III. So führen die geplanten Zuführungen zu den Eigenmitteln zu einer deutlichen Überschreitung der Mindest-Solvabilitätskennziffer. Ebenso werden die geforderten Liquiditätskennziffern gemäß der Planung durchgängig über den festgelegten Mindestwerten liegen. So ist auch die Planung des Eigengeschäftes der Sparkasse Bremen primär auf die Erfüllung aufsichtsrechtlicher Kennzahlen ausgerichtet. Dabei wird die Sparkasse Bremen bei ihren Direkt- und Spezialfondsanlagen weiterhin auf eine ausgewogene Risikostruktur achten.

Beim Verwaltungsaufwand geht die Sparkasse Bremen von einem kaum veränderten Niveau aus. Der Rückgang des Personalbestandes durch Vorruhestandsmaßnahmen führt zu ersten Entlastungen im Personalaufwand. Demgegenüber steht eine Steigerung des Sachaufwandes aufgrund geplanter Aufwendungen für die Europäische Einlagensicherung und den Europäischen Restrukturierungsfonds, welche nur teilweise durch Kostensenkungseffekte aufgrund eingeleiteter Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität kompensiert werden können. Insgesamt erwartet die Sparkasse Bremen die Cost-Income-Ratio auf nahezu unverändertem Niveau im Vergleich zum Geschäftsjahr 2014.

Aus dem Bewertungsergebnis im Wertpapierbereich sind nach Einschätzung der Sparkasse Bremen vor dem Hintergrund einer auf die Zins- und Marktentwicklung abgestellten Anlagepolitik im laufenden Jahr leichte Belastungen zu erwarten. Für das Kundenkreditgeschäft hat die Sparkasse Bremen in ihrer Planung für das laufende Jahr unter konservativer Betrachtung eine Fortschreibung ihrer Kreditrisikovorsorge vorgesehen. Dabei erwartet sie im Bereich der Schiffsfinanzierungen aufgrund eines weiterhin angespannten Marktniveaus bei den Charterraten sowie bei den Schiffswerten eine moderat steigende Risikovorsorge.

Beim Gesamtergebnis erwartet die Sparkasse Bremen basierend auf den vorgenannten Entwicklungen, der erwarteten makroökonomischen Rahmenbedingungen und dem Wegfall der Einmal-effekte aus der Aktivierung latenter Steuern im Jahr 2014 ein deutlich geringeres Jahresergebnis. Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität bezogen auf das Betriebsergebnis vor Steuern wird sich wieder leicht erhöhen.

Über diese erwarteten Entwicklungen hinaus entstehen mögliche zusätzliche Chancen, sofern sich insbesondere die von der Sparkasse Bremen im Rahmen des Strategieprozesses festgelegten Maßnahmen zur sukzessiven und nachhaltigen Ergebnisverbesserung sowie die vorgesehenen Kosten- und Prozessoptimierungen besser als erwartet auswirken. Zusätzliche Risiken können grundsätzlich dann entstehen, wenn die wirtschaftliche Entwicklung schlechter als erwartet verläuft und damit verbundene prognostizierte Rahmenbedingungen nicht eintreffen. Im Rahmen ihrer regelmäßigen Risikoinventur unterzieht die Sparkasse Bremen ihre Planrechnungen einer Risikoanalyse mit dem Ziel, die wirtschaftlichen Auswirkungen möglicher Risikoszenarien zu quantifizieren. Durch regelmäßige Szenarioanalysen stellt sie darüber hinaus eine frühzeitige Reaktion auf Risiken im Zins- und Provisionsergebnis sicher, die durch Abweichungen von den erwarteten Rahmenbedingungen entstehen. Die Sparkasse Bremen stabilisiert dadurch die Aussagekraft ihrer prognostizierten Daten.

Bremen, im März 2015
Der Vorstand

DIE SPARKASSE BREMEN AG

Jahresabschluss

Jahresbilanz ZUM 31. DEZEMBER 2014

| AKTIVSEITE | € | € | € | € | VORJAHR T€ |
|--|------------------|-----------------------|-----------------------|--------------------------|-------------------|
| 1. Barreserve | | | | | |
| a) Kassenbestand | | | 60.154.907,12 | | 63.846 |
| b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank | | | <u>48.706.180,00</u> | | 76.667 |
| | | | | 108.861.087,12 | 140.513 |
| 2. Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind | | | | | |
| a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen | | | -,- | | - |
| b) Wechsel | | | <u>-,-</u> | | - |
| | | | | <u>-,-</u> | - |
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | | | | | |
| a) täglich fällig | | | 126.875.352,71 | | 224.071 |
| b) andere Forderungen | | | <u>544.578.043,03</u> | | 563.442 |
| | | | | 671.453.395,74 | 787.513 |
| 4. Forderungen an Kunden | | | | 8.200.919.230,35 | 8.063.335 |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>durch Grundpfandrechte gesichert</i> | 3.392.636.235,88 | | | | 3.295.549 |
| <i>Kommunalkredite</i> | 119.606.790,26 | | | | 127.929 |
| 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | | | | | |
| a) Geldmarktpapiere | | | | | |
| aa) von öffentlichen Emittenten | | | -,- | | - |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i> | -,- | | | | - |
| ab) von anderen Emittenten | | | <u>-,-</u> | -,- | - |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i> | -,- | | | | - |
| b) Anleihen und Schuldverschreibungen | | | | | |
| ba) von öffentlichen Emittenten | | 306.299.753,23 | | | 350.581 |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i> | 306.299.753,23 | | | | 350.581 |
| bb) von anderen Emittenten | | <u>678.669.693,62</u> | 984.969.446,85 | | 557.857 |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>beleihbar bei der Deutschen Bundesbank</i> | 639.475.367,09 | | | | 548.987 |
| c) eigene Schuldverschreibungen | | | | <u>-,-</u> | - |
| <i>Nennbetrag</i> | -,- | | | | - |
| | | | | 984.969.446,85 | 908.438 |
| 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | | | | 647.504.337,60 | 561.633 |
| 6a. Handelsbestand | | | | 2.480.160,46 | - |
| 7. Beteiligungen | | | | 139.533.828,86 | 140.145 |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>an Kreditinstituten</i> | 2,51 | | | | - |
| <i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i> | 3.929.833,63 | | | | 3.930 |
| 8. Anteile an verbundenen Unternehmen | | | | 38.697.192,24 | 101.240 |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>an Kreditinstituten</i> | 12.848.745,36 | | | | 12.849 |
| <i>an Finanzdienstleistungsinstituten</i> | -,- | | | | - |
| 9. Treuhandvermögen | | | | 3.430.644,83 | 5.836 |
| <i>darunter:</i> | | | | | |
| <i>Treuhandkredite</i> | 2.746.152,82 | | | | 5.071 |
| 10. Immaterielle Anlagewerte | | | | | |
| a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte | | | | -,- | - |
| b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | | 371.602,88 | | 388 |
| c) Geschäfts- oder Firmenwert | | | -,- | | - |
| d) geleistete Anzahlungen | | | <u>-,-</u> | | - |
| | | | | 371.602,88 | 388 |
| 11. Sachanlagen | | | | 71.752.084,96 | 75.463 |
| 12. Sonstige Vermögensgegenstände | | | | 38.154.193,95 | 40.877 |
| 13. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 2.840.321,81 | 2.662 |
| 14. Aktive latente Steuern | | | | 41.650.725,29 | - |
| Summe der Aktiva | | | | 10.952.618.252,94 | 10.828.043 |

| PASSIVSEITE | € | € | € | € | VORJAHR T€ |
|---|--------------|-----------------------|-------------------------|--------------------------|-------------------|
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | | |
| a) täglich fällig | | | 302.451.444,21 | | 187.432 |
| b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | | <u>2.117.894.683,89</u> | | 2.052.068 |
| | | | | 2.420.346.128,10 | 2.239.500 |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | | |
| a) Spareinlagen | | | | | |
| aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | | 2.946.702.405,63 | | | 2.973.567 |
| ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | | <u>188.694.876,10</u> | 3.135.397.281,73 | | 131.740 |
| b) andere Verbindlichkeiten | | | | | |
| ba) täglich fällig | | 3.326.778.403,60 | | | 3.472.946 |
| bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist | | <u>772.680.990,61</u> | <u>4.099.459.394,21</u> | | 726.835 |
| | | | | 7.234.856.675,94 | 7.305.088 |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | | 40.721.175,37 | | 69.561 |
| b) andere verbiefte Verbindlichkeiten | | | <u>-,-</u> | | - |
| darunter: | | | | | |
| Geldmarktpapiere | -,- | | | | - |
| eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf | -,- | | | | - |
| | | | | 40.721.175,37 | 69.561 |
| 3a. Handelsbestand | | | | 2.635.193,64 | - |
| 4. Treuhandverbindlichkeiten | | | | 3.430.644,83 | 5.836 |
| darunter: | | | | | |
| Treuhandkredite | 2.746.152,82 | | | | 5.071 |
| 5. Sonstige Verbindlichkeiten | | | | 20.752.971,13 | 21.364 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | 3.343.370,49 | 4.055 |
| 7. Rückstellungen | | | | | |
| a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | | | 313.983.936,00 | | 296.328 |
| b) Steuerrückstellungen | | | 0,00 | | 3.724 |
| c) andere Rückstellungen | | | <u>34.852.291,51</u> | | 30.985 |
| | | | | 348.836.227,51 | 331.037 |
| 8. Nachrangige Verbindlichkeiten | | | | 168.703.145,76 | 186.824 |
| 9. Genussrechtskapital | | | | 22.000.000,00 | 22.000 |
| darunter: | | | | | |
| vor Ablauf von zwei Jahren fällig | -,- | | | | - |
| 10. Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | | 50.029.306,84 | 40.029 |
| darunter: | | | | | |
| Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB | 29.306,84 | | | | 29 |
| 11. Eigenkapital | | | | | |
| a) gezeichnetes Kapital | | | | | |
| aa) gezeichnetes Kapital | | 370.000.000,00 | | | 370.000 |
| ab) Einlagen stiller Gesellschafter | | <u>13.000.000,00</u> | 383.000.000,00 | | 13.000 |
| b) Kapitalrücklage | | | 47.041.959,68 | | 47.042 |
| c) Gewinnrücklagen | | | | | |
| ca) gesetzliche Rücklage | | -,- | | | - |
| cb) Rücklage für eigene Anteile | | -,- | | | - |
| cc) satzungsmäßige Rücklagen | | -,- | | | - |
| cd) andere Gewinnrücklagen | | <u>189.452.416,71</u> | 189.452.416,71 | | 161.583 |
| d) Bilanzgewinn | | | <u>17.469.036,94</u> | | 11.124 |
| | | | | 636.963.413,33 | 602.749 |
| Summe der Passiva | | | | 10.952.618.252,94 | 10.828.043 |
| Eventualverbindlichkeiten | | | | | |
| a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln | | | -,- | | - |
| b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen | | | 509.462.729,90 | | 447.691 |
| c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten | | | <u>-,-</u> | | - |
| | | | | 509.462.729,90 | 447.691 |
| Andere Verpflichtungen | | | | | |
| a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften | | | -,- | | - |
| b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen | | | -,- | | - |
| c) unwiderrufliche Kreditzusagen | | | <u>279.167.149,53</u> | | 297.653 |
| | | | | 279.167.149,53 | 297.653 |

Gewinn-und-Verlust-Rechnung FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2014

| | € | € | € | € | VORJAHR T€ |
|--|---------------|----------------------|-----------------------|------------------------|-----------------|
| 1. Zinserträge aus | | | | | |
| a) Kredit- und Geldmarktgeschäften | | 334.315.015,68 | | | 362.363 |
| b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen | | <u>10.283.549,73</u> | 344.598.565,41 | | 8.011 |
| 2. Zinsaufwendungen | | | <u>148.294.192,98</u> | | 174.148 |
| | | | | +196.304.372,43 | +196.226 |
| 3. Laufende Erträge aus | | | | | |
| a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren | | | 14.927.203,80 | | 22.168 |
| b) Beteiligungen | | | 5.803.924,77 | | 6.015 |
| c) Anteilen an verbundenen Unternehmen | | | <u>1.826.451,23</u> | | 1.522 |
| | | | | 22.557.579,80 | 29.705 |
| 4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen | | | | 2.896.260,28 | 5.990 |
| 5. Provisionserträge | | | 62.998.850,06 | | 62.502 |
| 6. Provisionsaufwendungen | | | <u>4.225.132,27</u> | | 4.824 |
| | | | | +58.773.717,79 | +57.678 |
| 7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands | | | | -5.319.843,40 | +264 |
| 8. Sonstige betriebliche Erträge | | | | 18.607.595,62 | 27.004 |
| 9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen | | | | | |
| a) Personalaufwand | | | | | |
| aa) Löhne und Gehälter | | 80.738.161,52 | | | 79.604 |
| ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung | | <u>17.352.926,34</u> | 98.091.087,86 | | 36.543 |
| darunter: | | | | | |
| für Altersversorgung | 4.770.495,36 | | | | 23.950 |
| b) andere Verwaltungsaufwendungen | | | <u>81.790.896,01</u> | | 86.385 |
| | | | | 179.881.983,87 | 202.532 |
| 10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen | | | | 5.403.620,38 | 6.084 |
| 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen | | | | 50.498.128,28 | 36.649 |
| 12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | 28.426.830,62 | | 16.780 |
| 13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft | | | <u>-,-</u> | | - |
| | | | | -28.426.830,62 | -16.780 |
| 14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere | | | 1.702.449,48 | | 12.929 |
| 15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren | | | <u>-,-</u> | | - |
| | | | | -1.702.449,48 | -12.929 |
| 16. Aufwendungen aus Verlustübernahme | | | | 3.063.646,40 | 10.494 |
| 17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken | | | | -10.000.000,00 | - |
| 18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit | | | | +14.843.023,49 | +31.399 |
| 19. Außerordentliche Erträge | | | | -,- | - |
| 20. Außerordentliche Aufwendungen | | | <u>5.064.603,00</u> | | 5.065 |
| 21. Außerordentliches Ergebnis | | | | -5.064.603,00 | -5.065 |
| 22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | | -25.547.871,27 | | 3.641 |
| darunter: | | | | | |
| Veränderung der Steuerabgrenzung nach § 274 HGB | 41.650.725,29 | | | | - |
| 23. Sonstige Steuern | | | <u>557.254,82</u> | | 469 |
| | | | | -24.990.616,45 | 4.110 |
| 24. Jahresüberschuss | | | | 34.769.036,94 | 22.224 |
| 25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr | | | | -,- | - |
| 26. Entnahmen aus der Kapitalrücklage | | | | -,- | - |
| 27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen | | | | | |
| a) aus der gesetzlichen Rücklage | | | -,- | | - |
| b) aus der Rücklage für eigene Aktien | | | -,- | | - |
| c) aus satzungsmäßigen Rücklagen | | | -,- | | - |
| d) aus anderen Gewinnrücklagen | | | <u>-,-</u> | | - |
| | | | | -,- | - |
| 28. Einstellungen in Gewinnrücklagen | | | | | |
| a) in die gesetzliche Rücklage | | | -,- | | - |
| b) in die Rücklage für eigene Aktien | | | -,- | | - |
| c) in satzungsmäßige Rücklagen | | | -,- | | - |
| d) in andere Gewinnrücklagen | | | <u>17.300.000,00</u> | | 11.100 |
| | | | | 17.300.000,00 | 11.100 |
| 29. Bilanzgewinn | | | | 17.469.036,94 | 11.124 |

Anhang

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Unseren Jahresabschluss haben wir nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, des Aktiengesetzes, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und unserer Satzung aufgestellt. Auf die Aufstellung eines Teilkonzernabschlusses gemäß § 340 i HGB in Verbindung mit § 296 Abs. 2 HGB wurde verzichtet, da die Tochterunternehmen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns sowohl einzeln als auch insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Fristengliederung erfolgte nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV für bestimmte Posten und Unterposten der Bilanz im Anhang. Auf die Aufteilung der anteiligen Zinsen auf die verschiedenen Restlaufzeiten wurde gemäß Wahlrecht in § 11 RechKredV verzichtet.

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute

Die Bilanzierung erfolgte zum Nennwert. Bei unverzinslichen und minderverzinslichen Forderungen wurde eine Abzinsung mit einem durchschnittlichen Refinanzierungssatz vorgenommen. Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Das Wertaufholungsgebot wurde bei der Bewertung der Kredite beachtet.

Wertpapiere

Sämtliche Wertpapiere des Anlagebestandes und der Liquiditätsreserve wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Bei allen Wertpapieren wurde das Wertaufholungsgebot und das Anschaffungskostenprinzip beachtet.

Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestandes wurden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags (Value-at-Risk) bewertet. Dieser Risikoabschlag bzw. -zuschlag wird beim jeweiligen Bilanzposten „Handelsbestand“ (aktiv oder passiv) berücksichtigt.

Innerhalb des Geschäftsjahres hat die Sparkasse Bremen die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Für die zu berücksichtigenden Risikoabschläge nutzt die Sparkasse Bremen die für die interne Risikosteuerung ermittelten Value-at-Risk-Abschläge. Hierbei wurden eine Haltedauer von 10 Handelstagen, ein Beobachtungszeitraum von 250 Handelstagen und ein Konfidenzniveau von 99,9 % angenommen.

Die Sparkasse Bremen weist ihre laufenden und abzugrenzenden Erträge und Aufwendungen aus Handelsbeständen nicht im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes, sondern in den korrespondierenden Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung aus, da dieses der internen Steuerung entspricht.

Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 e Abs. 4 HGB weist die Sparkasse Bremen in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung im Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes (Posten 7) aus.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bzw., wenn besondere Umstände vorlagen, zu niedrigeren Werten angesetzt. Die Bewertung einer Beteiligung erfolgte nach dem gemilderten Niederstwertprinzip, da auf Ebene der Beteiligung nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert wurde. Das Wertaufholungsgebot wurde dabei berücksichtigt.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Diese wurden grundsätzlich zu den Anschaffungskosten, bei abnutzbaren Vermögensgegenständen vermindert um lineare bzw. degressive Abschreibungen, bewertet.

Im Rahmen der Ausübung von Wahlrechten aus der erstmaligen Anwendung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts wurde ein geringer Teil des Sachanlagevermögens, soweit es bis 2009 zugegangen ist, weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen degressiv abgeschrieben.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände bis zu einem Wert von 410 € (ohne Vorsteuer) wurden aufgrund ihrer unwesentlichen Bedeutung für die Sparkasse Bremen im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Bei den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Wertminderungen bzw. erkennbare Risiken durch entsprechende Bewertungsabschläge berücksichtigt.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz wurden für Unterschiede zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem steuerlichen Gewinn, die sich in den folgenden Geschäftsjahren voraussichtlich ausgleichen, latente Steuern gebildet.

Bei der Berechnung der latenten Steuern haben wir einen Körperschaftsteuersatz inkl. Solidaritätszuschlag von 15,83 % zugrunde gelegt, für die Gewerbesteuer einen Steuersatz von 16,1 %.

Bestehende passive latente Steuern wurden mit aktiven latenten Steuern verrechnet.

Eigene Inhaberschuldverschreibungen

Die auf Kundenwunsch vorzeitig zurückerworbenen Inhaberschuldverschreibungen wurden von den entsprechenden passiven Bilanzposten abgesetzt.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Etwaige Disagien wurden aktiviert und Agien passiviert. Sie wurden entsprechend den Laufzeiten abgegrenzt.

Rückstellungen

Allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verpflichtungen wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung getragen. Rückstellungen wurden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt und bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Als Abzinsungssatz wurde der von der Deutschen Bundesbank nach Maßgabe der Rückstellungsabzinsungsverordnung veröffentlichte fristenkongruente Zinssatz zugrunde gelegt. Für Jubiläumsrückstellungen und andere Rückstellungen, die auf der Grundlage versicherungsmathematischer Gutachten berechnet werden, wurde die Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angewandt.

Aus der Inanspruchnahme des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB ergab sich per 31.12.2014 eine Überdotierung bei einigen Rückstellungen i. H. v. insgesamt 11 T€. Da diese Überdotierungen voraussichtlich bis spätestens zum 31.12.2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde auf entsprechende Rückstellungsminderungen verzichtet.

Die Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen wurden nach aktualisierten Grundlagen (Heubeck-Richttafeln 2005 G) unter Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode ermittelt. Sie wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Abzinsungssatz beträgt 4,58%. Darüber hinaus wurden eine Gehaltssteigerung von 2,6%, eine Rentensteigerung von 1,6% und eine Steigerung der sozialversicherungsrechtlichen Bemessungsgröße von 1,4% p. a. zugrunde gelegt.

In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen ergebende Zuführungsbetrag bis spätestens zum 31.12.2024 in jedem Geschäftsjahr zu mindestens einem Fünftel angesammelt. Zum 31.12.2014 beträgt der noch zuzuführende Betrag 50,4 Mio. €.

Der gesonderte Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von Rückstellungen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang. Die Aufwendungen für Aufzinsungen von bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen werden in den Zinsaufwendungen ausgewiesen, der Zinsaufwand für die nicht-bankgeschäftsbezogenen Rückstellungen wird in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen berücksichtigt.

Währungsumrechnung

Auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände, die wie Anlagevermögen behandelt werden, werden mit ihren Anschaffungskursen in Euro umgerechnet. Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Vorschriften des § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB und IDW RS BFA 4.

Der Großteil der Bilanzbestände in Fremdwährung sowie nahezu sämtliche nicht abgewickelten Kassa-, Termin- und Optionsgeschäfte, die vollständig nicht dem Handelsbestand zugeordnet wurden, gelten gemäß § 340h HGB als besonders gedeckte Geschäfte (besondere Deckung). Die besondere Deckung stellt hierbei auf eine betragsmäßige Deckung der einbezogenen Geschäfte ab, eine Laufzeitkongruenz der Geschäfte wird hierbei nicht betrachtet. Besonders gedeckte Geschäfte werden zum Kassa- bzw. Terminkurs bewertet. Dem Kassa- bzw. Terminkurs liegt der Referenzkurs der Europäischen Zentralbank zugrunde.

Die Währungsumrechnung der übrigen Bilanzbestände und Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften des § 256a HGB.

Die aus der Umrechnung ermittelten Kursgewinne und -verluste werden in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in den sonstigen betrieblichen Erträgen (Posten 8) bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Posten 11) erfasst. Diese werden aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit im Anhang dargestellt.

Bewertungseinheiten

Die jeweiligen Sicherungsgeschäfte sind derart ausgestaltet, dass die risikorelevanten Parameter des Grundgeschäfts zum Abschlussstichtag und während der Laufzeit des Grundgeschäfts vollständig gegenläufig sind (Critical-Terms-Match). Derivative Kundengeschäfte sowie die mit bonitätsmäßig einwandfreien Kreditinstituten abgeschlossenen gegenläufigen Sicherungsgeschäfte werden jeweils zu einer Mikro-Bewertungseinheit zusammengefasst.

Als Grundgeschäfte wurden schwebende Geschäfte mit einem Nominalwert von 338,8 Mio. € in Bewertungseinheiten nach § 254 Satz 1 HGB einbezogen. Bei diesen Bewertungseinheiten handelte es sich jeweils um sogenannte Mikro-Bewertungseinheiten. Diese Geschäfte wurden mittels derivativer Finanzinstrumente gegen Zinsrisiken abgesichert.

Verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuch)

Im Rahmen der Überprüfung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 wurde eine barwertige Methode angewendet. Für das allgemeine Zinsänderungsrisiko ist eine Gesamtbetrachtung aller zinstragenden Aktiva und Passiva einschließlich der Derivate unter Berücksichtigung aller bis zur vollständigen Abwicklung zu erwartenden Verwaltungs- und Risikokosten sowie potenzielle Rückabwicklungskosten bestehender Darlehensverträge vorgenommen worden. Als Zinsstrukturkurve wurden produktspezifische Renditekurven zugrunde gelegt. Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht und die Bildung einer Rückstellung war nicht erforderlich.

Derivate

Derivative Finanzinstrumente wurden nach den Grundsätzen des Imparitätsprinzips und des Realisationsprinzips grundsätzlich einzeln bewertet. Zinsswaps wurden im Wesentlichen zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Aus diesem Grund wurde insoweit keine Bewertung vorgenommen. Strukturierte Produkte wurden nach IDW RS HFA 22 und IDW RS BFA 1 behandelt.

Negativzinsen

Negativzinsen werden mit Zinserträgen bzw. -aufwendungen verrechnet und im Zinsergebnis ausgewiesen.

II. Erläuterungen zur Bilanz (SOWEIT NICHT ANDERS ANGEGEBEN, WERTE IN TAUSEND €)

Aktivseite

zu 3. Forderungen an Kreditinstitute

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute – Unterposten b) – beinhalten Forderungen mit Restlaufzeiten von

| | |
|-------------------------------------|---------|
| – bis drei Monate | 225.116 |
| – mehr als drei Monate bis ein Jahr | 283.206 |
| – mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 12.623 |
| – mehr als fünf Jahre | 522 |

Im Posten 3 sind enthalten:

| | |
|---|-----|
| – Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 5.215) | 62 |
| – Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 953) | – |
| – Forderungen an die eigene Girozentrale | 359 |
| – nachrangige Forderungen (Vorjahr: –) | – |

zu 4. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden beinhalten Forderungen

| | |
|-----------------------------|---------|
| – mit unbestimmter Laufzeit | 621.477 |
|-----------------------------|---------|

sowie Forderungen mit Restlaufzeiten von

| | |
|-------------------------------------|-----------|
| – bis drei Monate | 412.620 |
| – mehr als drei Monate bis ein Jahr | 569.353 |
| – mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 2.062.248 |
| – mehr als fünf Jahre | 4.531.218 |

Im Posten 4 sind enthalten:

| | |
|---|---------|
| – Forderungen an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 43.353) | 65.621 |
| – Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 255.333) | 208.103 |
| – nachrangige Forderungen (Vorjahr: 5.158) | 7.500 |
| – darunter an verbundene Unternehmen (Vorjahr: 158) | – |
| – darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: –) | – |

zu 5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im folgenden Jahr fällig

94.007

Im Posten 5 sind enthalten:

| | |
|--|---------|
| – börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere | 970.171 |
| – börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere | 14.798 |
| – Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 216.081) | 354.574 |
| – Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –) | – |
| – Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –) | – |

zu 6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Im Posten 6 sind enthalten:

| | |
|--|---------|
| – börsenfähige und börsennotierte Wertpapiere | 49.356 |
| – börsenfähige und nicht börsennotierte Wertpapiere | 41.792 |
| – Wertpapiere des Anlagevermögens (Vorjahr: 561.633) | 647.504 |
| – Wertpapiere, die nicht mit dem Niederstwert bewertet werden (Vorjahr: –) | – |
| – Wertpapiere mit Nachrangabrede (Vorjahr: –) | – |
| – Spezialfondsanteile | 421.011 |

Die Anteilscheine der Spezialfonds sind nach § 92 InvG nur mit Zustimmung der Kapitalanlagegesellschaft übertragbar. Die Gesellschaften schütten grundsätzlich die per Fondsgeschäftsjahresende für Rechnung der Sondervermögen angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten Zinsen und Dividenden aus, wobei Zwischenausschüttungen vorgenommen werden. Die zur Ausschüttung verfügbaren realisierten Kursgewinne per Fondsgeschäftsjahresende werden von den Gesellschaften grundsätzlich thesauriert.

Investmentvermögen mit einem Anteil von mehr als 10%:

| Fonds | Buchwert 31.12.2014 | Marktwert 31.12.2014 | Unterschieds- betrag | Ausschüttung 2014 | Tägliche Rückgabe möglich | Anwendung NWP |
|------------------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|----------------------|---------------------------------|------------------|
| Aktiefonds | | | | | | |
| BremenKapital Aktien | 8.000 | 8.666 | -666 | 27 | Ja | Ja |
| Mischfonds | | | | | | |
| BremenKapital Dynamik | 9.876 | 9.876 | - | 26 | Ja | Ja |
| BremenKapital Ertrag | 10.000 | 10.022 | -22 | 54 | Ja | Ja |
| BremenKapital Wachstum | 9.916 | 9.916 | - | 28 | Ja | Ja |
| HI Bremen 7 | 57.620 | 57.620 | - | 3.500 | Ja | Ja |
| HI Bremen 9 | 117.093 | 117.093 | - | 2.500 | Ja | Ja |
| HI Bremen 10 | 120.683 | 121.067 | -384 | 2.200 | Ja | Ja |
| HI Bremen 11 | 125.614 | 125.614 | - | 1.720 | Ja | Ja |
| Rentenfonds | | | | | | |
| Fisch CB Hybrid International Fund | 28.532 | 30.892 | -2.360 | - | Ja | Ja |
| davon im HI Bremen 9 | 14.453 | 16.699 | -2.246 | - | Ja | Ja |

zu 6a. Handelsbestand

Der Posten 6a ist wie folgt aufzugliedern:

| | |
|---|--------------|
| - derivative Finanzinstrumente | - |
| - Forderungen | - |
| - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere | - |
| - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere | 2.821 |
| - sonstige Vermögensgegenstände | - |
| - Zwischensumme | 2.821 |
| - Risikoabschlag | 341 |
| - Gesamt | 2.480 |

zu 7. Beteiligungen

Im Posten 7 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 8. Anteile an verbundenen Unternehmen

Im Posten 8 sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

zu 9. Treuhandvermögen

Bei den Treuhandvermögen handelt es sich um:

| | |
|---------------------------------|-------|
| - Forderungen an Kunden | 2.746 |
| - sonstige Vermögensgegenstände | 685 |

zu 10. und 11. Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Entwicklung der immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen:

| | immaterielle Anlagewerte | Sachanlagen |
|------------------------------------|--------------------------|-------------|
| Anschaffungskosten am Jahresanfang | 14.947 | 229.939 |
| Zugänge | 172 | 1.514 |
| Abgänge | 125 | 3.113 |
| kumulierte Abschreibungen | 14.622 | 156.588 |
| Bilanzwerte am Jahresende | 372 | 71.752 |
| Abschreibungen im Geschäftsjahr | 188 | 5.216 |

Im Posten 11 Sachanlagen sind enthalten:

| | |
|--|--------|
| – im Rahmen der Sparkassentätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude | 41.107 |
| – Betriebs- und Geschäftsausstattung | 10.361 |

zu 12. Sonstige Vermögensgegenstände

Im Posten 12 sind enthalten:

| | |
|--|----|
| – Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens (Vorjahr: 83) | 83 |
|--|----|

Bemerkenswerte Einzelposten:

| | |
|---|--------|
| – nachrangige Vermögensgegenstände (stille Beteiligungen) | 10.000 |
| – Steuererstattungsansprüche | 5.994 |
| – Forderungen an verbundene Unternehmen | 5.030 |
| – gezahlte Optionsprämien | 4.594 |

zu 13. Rechnungsabgrenzungsposten

Im Posten 13 sind enthalten:

| | |
|---|-----|
| – Disagien aus Verbindlichkeiten (Vorjahr: 606) | 513 |
| – Agien aus Forderungen (Vorjahr: 734) | 472 |

zu 14. Aktive latente Steuern

Die in diesem Posten enthaltenen aktiven latenten Steuern resultieren ausschließlich aus Abweichungen zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen.

Der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen in Höhe von 3,6 Mio. €, die überwiegend auf Beteiligungen entfallen, wird durch absehbare Steuerentlastungen in Höhe von 45,3 Mio. € überdeckt.

Die zukünftigen Steuerentlastungen entfallen im Wesentlichen auf unterschiedliche Wertansätze bei den Rückstellungen, den Forderungen an Kunden sowie den Wertpapieren.

zu 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist
– Unterposten b) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

| | |
|-------------------------------------|-----------|
| – bis drei Monate | 190.093 |
| – mehr als drei Monate bis ein Jahr | 274.605 |
| – mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 602.399 |
| – mehr als fünf Jahre | 1.003.820 |

Im Posten 1 sind enthalten:

| | |
|--|-------|
| – Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 11.502) | 2.453 |
| – Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.850) | 1.635 |
| – Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale | 4.258 |

Für in diesem Posten enthaltene Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände von 1.462,8 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

zu 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten

– Unterposten a) ab) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

| | |
|-------------------------------------|---------|
| – bis drei Monate | 44.358 |
| – mehr als drei Monate bis ein Jahr | 122.016 |
| – mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 19.147 |
| – mehr als fünf Jahre | 3.174 |

Die anderen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

– Unterposten b) bb) – beinhalten Verbindlichkeiten mit Restlaufzeiten von

| | |
|-------------------------------------|---------|
| – bis drei Monate | 145.313 |
| – mehr als drei Monate bis ein Jahr | 197.805 |
| – mehr als ein Jahr bis fünf Jahre | 218.695 |
| – mehr als fünf Jahre | 198.354 |

Im Posten 2 sind enthalten:

| | |
|---|--------|
| – Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 71.282) | 22.177 |
| – Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 36.387) | 43.125 |

zu 3. Verbriefte Verbindlichkeiten

Von den begebenen Schuldverschreibungen werden im folgenden Jahr fällig 21.119

Im Posten 3 sind enthalten:

| | |
|--|-------|
| – Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 2.483) | 1.832 |
| – Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 1.884) | 1.746 |

zu 3a. Handelsbestand

Der Posten 3a ist wie folgt aufzugliedern:

| | |
|--------------------------------|-------|
| – derivative Finanzinstrumente | 1.477 |
| – Verbindlichkeiten | – |
| – Zwischensumme | 1.477 |
| – Risikoaufschlag | 1.158 |
| – Gesamt | 2.635 |

zu 4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um:

| | |
|--|-------|
| – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 2.746 |
| – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | 685 |

zu 5. Sonstige Verbindlichkeiten

Bemerkenswerte Einzelposten:

| | |
|---|-------|
| – Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 5.414 |
| – von unseren Kunden einbehaltene Kapitalertragsteuer | 2.889 |
| – erhaltene Optionsprämien | 4.724 |

Für in diesem Posten enthaltene Margin-Verpflichtungen aus EUREX-Geschäften sind Wertpapiere über 10,0 Mio. € als Sicherheit übertragen worden.

| | |
|---|--------------|
| zu 6. Rechnungsabgrenzungsposten | |
| Im Posten 6 sind Disagien aus Forderungen enthalten (Vorjahr: 3.730): | 3.070 |
| zu 8. Nachrangige Verbindlichkeiten | |
| Im Posten 8 sind enthalten: | |
| – Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr: 1.021) | 1.021 |
| – Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr: 214) | – |
| Für die in diesem Posten ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr 2014 Zinsaufwendungen in folgender Höhe angefallen: | 6.354 |
| Der Bestand betrifft auf Euro lautende Inhaber- und Namensschuldverschreibungen mit fester Verzinsung und Fälligkeiten von 2016 bis 2028. Eine vorzeitige Rückzahlung sowie eine Umwandlung in Kapital oder eine andere Schuldform sind nicht vorgesehen. | |
| zu 9. Genusssrechtskapital | |
| Der Bestand betrifft 3 Namensgenussscheine. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine neuen Namensgenussscheine ausgegeben. | |
| zu 10. Fonds für allgemeine Bankrisiken | |
| Dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB wurden im Berichtsjahr 10,0 Mio. € zugeführt. | |
| zu 11. Eigenkapital | |
| Das Grundkapital beträgt 370,0 Mio. € und teilt sich auf 370.000 nennwertlose Stückaktien auf. Die Aktien werden vollständig von der Finanzholding der Sparkasse in Bremen gehalten. Zum gezeichneten Kapital gehört eine Stille Einlage in Höhe von 13,0 Mio. € mit einer Restlaufzeit von 3 Jahren und 6 Monaten. | |
| Gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 21.05.2014 wurde der Bilanzgewinn 2013 in Höhe von 10,6 Mio. € in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. | |
| Der Vorstand schlägt der Hauptversammlung vor, vom Bilanzgewinn 2014 von insgesamt 17,5 Mio. € 16,4 Mio. € den Gewinnrücklagen zuzuführen und 1,1 Mio. € an die Finanzholding der Sparkasse in Bremen auszuschütten. | |
| zu Eventualverbindlichkeiten (Nr. 1 unter dem Strich) | |
| Die Eventualverbindlichkeiten unterliegen organisatorisch geregelten Kreditvotierungs-, -entscheidungs- und -überwachungsprozessen. Die Genehmigung der Kreditvergabe und die Kreditüberwachung ist an die Höhe des einzelnen Risikos gekoppelt. In Abhängigkeit von Volumen und Bonität der Kreditnehmer sind entsprechende Kreditkompetenzen definiert, so dass Kreditentscheidungen risikoabhängig immer auf adäquater Ebene getroffen werden. Die zugunsten der Kreditnehmer eingegangenen Verpflichtungen aus Eventualverbindlichkeiten gegenüber Dritten sind nicht zu passivieren, da die zugrunde liegenden Verbindlichkeiten durch die Kreditnehmer aller Voraussicht nach erfüllt werden können und daher mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen ist. | |
| zu Andere Verpflichtungen (Nr. 2 unter dem Strich) | |
| Die unwiderruflichen Kreditzusagen unterliegen organisatorisch geregelten Votierungs-, Entscheidungs- und Überwachungsprozessen. Die unwiderruflichen Kreditzusagen beinhalten überwiegend Darlehen, die teilvalutiert und noch nicht vollständig ausgezahlt sind. Wesentliche Ausfallrisiken sind hieraus nicht zu erkennen. | |

III. Sonstige Angaben zur Bilanz

Fremdwährungsaktiva und -passiva

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände und der Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, beläuft sich umgerechnet auf 304,0 Mio. € respektive 297,2 Mio. €.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Für die folgenden Geschäftsjahre bestehen Verpflichtungen aus Miet-, Lizenz- und Wartungsverträgen von derzeit p. a. 5,9 Mio. €. Der Mietvertrag mit der längsten Laufzeit ist bis zum 31.08.2028 befristet. Die Verpflichtung hieraus beträgt p. a. 0,2 Mio. €.

Im Beteiligungsbereich bestehen nicht passivierte Einzahlungs- bzw. Nachschussverpflichtungen von derzeit 26,2 Mio. €.

Gemäß besonderen Erklärungen sind die von der Sparkasse Bremen für fünf Objektfinanzierungen bei Grundstückskommanditgesellschaften eingesetzten Komplementäre aus der persönlichen Haftung für Verbindlichkeiten dieser gegenüber der Sparkasse Bremen freizustellen.

Anhangangaben gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG

Nachfolgende Bekanntmachung wurde der AG mitgeteilt:
„Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Am Brill 1–3 in 28195 Bremen, hat uns gemäß § 20 Abs. 1 und 4 AktG mitgeteilt, dass ihr 100 % der Aktien an unserer Gesellschaft gehören.“

Termingeschäfte

Der wesentliche Teil der am Abschlussstichtag bestehenden zinsbezogenen Geschäfte (Zinsswaps) wurde zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossen.

Bei den währungsbezogenen Geschäften handelt es sich überwiegend um Handelsgeschäfte mit Kunden, die nahezu vollständig kursgesichert wurden.

Bei den Geschäften mit sonstigen Risiken handelt es sich um Kreditderivate.

| NOMINALWERTE | | | | | | MARKTWERTE | | |
|--|------------------------|----------------------------|-----------------|----------------|------------------------------|------------|---------|--|
| Restlaufzeit | bis 1 Jahr einschl. | über 1 Jahr bis 5 Jahre | über 5 Jahre | Gesamt | davon Handels- bestand | positiv | negativ | |
| | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | Mio. € | |
| Zinsbezogene Geschäfte | | | | | | | | |
| OTC-Produkte | 515,9 | 3.214,6 | 3.639,5 | 7.370,0 | 30,0 | 204,5 | 374,9 | |
| Börsengeschäfte | - | - | - | - | - | - | - | |
| Währungsbezogene Geschäfte | | | | | | | | |
| OTC-Produkte | 549,7 | 192,0 | 11,0 | 752,7 | 0,0 | 19,7 | 20,4 | |
| Börsengeschäfte | - | - | - | - | - | - | - | |
| Geschäfte mit sonstigen Risiken | | | | | | | | |
| OTC-Produkte | 9,8 | - | - | 9,8 | 0,0 | 9,8 | - | |
| Börsengeschäfte | - | - | - | - | - | - | - | |
| Gesamt | | | | 8.132,5 | 30,0 | | | |

Zinsswaps

Der Zeitwert ergibt sich aus der Saldierung der mit Hilfe der Zerobond-Renditen berechneten Barwerte der Cashflows der beiden Swapseiten. Die Cashflows der variablen Seite werden mittels impliziter Forward Rates berechnet.

Caps / Floors

Mit Hilfe des modifizierten Black-Modells wird der Zeitwert als Summe der mit den Zerobond-Renditen abgezinsten theoretischen Preise jedes einzelnen Caplets auf den Bewertungszeitpunkt berechnet.

Devisentermingeschäfte

Der Zeitwert ergibt sich aus dem aktuellen Terminkurs (Kassakurs zum Abschlussstichtag +/- Swapsatz für die Restlaufzeit per Abschlussstichtag).

Kreditderivate

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eingegangene Sicherungsgeberpositionen, die als Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden.

Devisenoptionen

Der Zeitwert wird nach dem Garmann-Kohlhagen-Modell berechnet.

Pfandbriefe

Zusätzliche Angaben für Pfandbriefe nach § 2 Abs. 1 RechKredV

Die Gliederung einzelner Bilanzpositionen nach den für Pfandbriefbanken geltenden Regelungen zeigt zum 31.12.2014 folgende zusätzliche Informationen:

| AKTIVSEITE | in Mio. € | in Mio. € | 2014 in Mio. € | 2013 in Mio. € |
|---|-----------|-----------|-------------------|-------------------|
| 3. Forderungen an Kreditinstitute | | | | |
| a) Hypothekendarlehen | | –,- | | – |
| b) Kommunalkredite | | –,- | | – |
| c) andere Forderungen | | 671,5 | | 787,5 |
| | | | 671,5 | 787,5 |
| <i>darunter:</i> | | | | |
| <i>täglich fällig</i> | 126,9 | | | 224,1 |
| <i>gegen Beleihung von Wertpapieren</i> | –,- | | | – |
| 4. Forderungen an Kunden | | | | |
| a) Hypothekendarlehen | | 3.392,6 | | 3.295,5 |
| b) Kommunalkredite | | 119,6 | | 127,9 |
| c) andere Forderungen | | 4.688,7 | | 4.639,9 |
| | | | 8.200,9 | 8.063,3 |
| <i>darunter:</i> | | | | |
| <i>gegen Beleihung von Wertpapieren</i> | 8,6 | | | 10,3 |
| 13. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft | | 1,0 | | 1,4 |
| b) andere | | 1,8 | | 1,3 |
| | | | 2,8 | 2,7 |
| PASSIVSEITE | | | | |
| 1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | | | | |
| a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe | | 40,0 | | 40,0 |
| b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe | | –,- | | – |
| c) andere Verbindlichkeiten | | 2.380,3 | | 2.199,5 |
| | | | 2.420,3 | 2.239,5 |
| <i>darunter:</i> | | | | |
| <i>täglich fällig</i> | 302,5 | | | 187,4 |
| <i>zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe</i> | –,- | | | – |
| | –,- | | | – |
| 2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden | | | | |
| a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe | | 175,1 | | 175,1 |
| b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe | | –,- | | – |
| c) Spareinlagen | | | | |
| ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten | | 2.946,7 | | 2.973,6 |
| cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten | | 188,7 | | 131,7 |
| d) andere Verbindlichkeiten | | 3.924,4 | | 4.024,7 |
| | | | 7.234,9 | 7.305,1 |
| <i>darunter:</i> | | | | |
| <i>täglich fällig</i> | 3.326,8 | | | 3.472,9 |
| <i>zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe</i> | –,- | | | – |
| | –,- | | | – |
| 3. Verbriefte Verbindlichkeiten | | | | |
| a) begebene Schuldverschreibungen | | | | |
| aa) Hypothekenpfandbriefe | | –,- | | – |
| ab) öffentliche Pfandbriefe | | –,- | | – |
| ac) sonstige Schuldverschreibungen | | 40,7 | | 69,6 |
| | | | 40,7 | 69,6 |
| 6. Rechnungsabgrenzungsposten | | | | |
| a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft | | 3,3 | | 4,1 |
| b) andere | | –,- | | –,- |
| | | | 3,3 | 4,1 |

| PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 1 (in Mio. €) | Nennwert | | Barwert | | Risikobarwert ¹⁾ (Verschieb. nach oben) | | Risikobarwert ¹⁾ (Verschieb. nach unten) | |
|---|------------------------------------|------------|------------|------------|---|------------|--|------------|
| | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 |
| | Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs | 215,1 | 215,1 | 264,8 | 240,9 | 219,3 | 196,5 | 280,4 |
| Gesamtbetrag der Deckungsmassen | 661,9 | 625,3 | 784,0 | 708,4 | 694,1 | 630,5 | 807,8 | 766,8 |
| davon gattungsklassische Deckungswerte | 651,9 | 595,3 | 773,4 | 676,5 | 683,9 | 600,4 | 797,2 | 734,4 |
| davon sonstige Deckungswerte | 10,0 | 30,0 | 10,6 | 31,9 | 10,2 | 30,1 | 10,6 | 32,4 |
| Überdeckung in % | 207,73% | 190,69% | 196,08% | 194,08% | 216,58% | 220,97% | 188,05% | 167,05% |
| Sichernde Überdeckung gemäß § 4 Abs. 1 PfandBG in % | | | 3,98% | | | | | |

¹⁾ statisches Verfahren gemäß PfandBarwertV

| PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 2 (in Mio. €) | Laufzeitstruktur 31.12.2014 | | Laufzeitstruktur 31.12.2013 | |
|--|--------------------------------|-----------------------|--------------------------------|-----------------------|
| | Deckungs- masse | Pfandbrief- umlauf | Deckungs- masse | Pfandbrief- umlauf |
| | bis zu sechs Monate | 30,7 | 0,0 | *) |
| mehr als sechs Monate bis zu zwölf Monaten | 21,0 | 0,0 | *) | 0,0 |
| Summe bis zu 1 Jahr | 51,7 | 0,0 | 61,1 | 0,0 |
| mehr als zwölf Monate bis zu 18 Monaten | 22,9 | 0,0 | *) | 0,0 |
| mehr als 18 Monate bis zu 2 Jahren | 29,1 | 0,0 | *) | 0,0 |
| Summe mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren | 52,0 | 0,0 | 41,8 | 0,0 |
| mehr als 2 Jahre bis zu 3 Jahren | 85,7 | 0,0 | 66,4 | 0,0 |
| mehr als 3 Jahre bis zu 4 Jahren | 76,4 | 0,0 | 74,5 | 0,0 |
| mehr als 4 Jahre bis zu 5 Jahren | 80,5 | 43,0 | 67,4 | 0,0 |
| mehr als 5 Jahre bis zu 10 Jahren | 251,1 | 107,1 | 251,8 | 123,0 |
| über 10 Jahre | 64,5 | 65,0 | 62,2 | 92,1 |

PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 3

In den Deckungsmassen befinden sich keine Derivate.

| PfandBG § 28 Abs. 1 Nr. 4 ff. (in Mio. €) | 31.12.2014 | | | | 31.12.2013 | | | | gesetzl. Grenze |
|---|-------------------------------------|----------------------------|---|---------------------|-----------------------------------|----------------------------|------------------------|---------------------|--------------------|
| | Nominal- wert brutto | davon nicht anrechenbar | Nominal- wert netto | Anteil am Umlauf | Nominal- wert brutto | davon nicht anrechenbar | Nominal- wert netto | Anteil am Umlauf | |
| | §19 PfandBG Abs. 1 Nr. 1 | - | - | - | - | - | - | - | |
| §19 PfandBG Abs. 1 Nr. 2 | - | - | - | - | - | - | - | - | 10,00% |
| §19 PfandBG Abs. 1 Nr. 3 | - | - | - | - | - | - | - | - | 20,00% |
| Weitere Deckung nach Art der gesetzlichen Begrenzung | §19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG 10%-Grenze | | davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Artikels 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013 | | §19 Abs.1 Nr 3 PfandBG 20%-Grenze | | Summe | | |
| | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 | |
| Bundesrepublik Deutschland | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Luxemburg | 10,0 | 30,0 | - | - | - | - | 10,0 | 30,0 | 30,0 |
| Summe | 10,0 | 30,0 | - | - | - | - | 10,0 | 30,0 | 30,0 |
| Nettobarwert je Fremdwährung | Barwert der Deckungsmassen | | Barwert des Pfandbriefumlaufs | | Nettobarwert in Fremdwährung | | | | |
| | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 | | | |
| keine | - | - | - | - | - | - | | | |
| | 31.12.2014 | 31.12.2013 | | | | | | | |
| Prozentualer Anteil festverzinslicher Deckungswerte | 98,96% | *) | | | | | | | |
| Prozentualer Anteil festverzinslicher Pfandbriefe | 100,00% | *) | | | | | | | |
| Überschreibungsbetrag hypothekarischer Deckung in Staaten bei denen Pfandbriefgläubigervorrecht nicht sichergestellt ist (§13 Abs. 1 PfandBG) | - | *) | | | | | | | |
| volumengewichteter Durchschnitt der seit Kreditvergabe verstrichenen Laufzeit | 5,60 | *) | | | | | | | |

^{*)} In Folge der Änderung des Pfandbriefgesetzes in 2014 ist der Vorjahreswert technisch bedingt nicht aufteilbar bzw. nicht ermittelbar.

Die Sparkasse Bremen AG ist eine Pfandbriefbank. Die regelmäßigen Transparenzvorschriften des § 28 PfandBG werden durch die Veröffentlichung über die Homepage der Sparkasse Bremen im Internet unter www.sparkasse-bremen.de erfüllt.

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 1 (in Mio. €)

| Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen | 31.12.2014 | | 31.12.2013 | | Gesamtbetrag der zur Deckung verwendeten Forderungen (sonstige Deckung) | 31.12.2014 | | 31.12.2013 | | Anteil am Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs |
|--|------------|-------|------------|--|--|--------------|--------------|------------|--|--|
| | | | | | | | | | | |
| a) nach Größenklassen | | | | | sonstige Deckungswerte | 10,0 | 30,0 | | | 4,65% |
| bis einschließlich 300 T€ | 535,2 | 480,8 | | | weitere Deckung gem. § 19 Abs. 1 Nr. 2-3 PfandBG brutto | - | - | | | 0,00% |
| mehr als 300 T€ bis einschließlich 1 Mio. € | 47,8 | *) | | | davon nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG | - | - | | | 0,00% |
| mehr als 1 Mio. € bis einschließlich 10 Mio. € | 68,9 | *) | | | davon höchste Geldforderung geg. Kl | - | - | | | 0,00% |
| mehr als 10 Mio. € | 0,0 | *) | | | Gesamtauslastung nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG | - | - | | | 0,00% |
| | | | | | Deckung nach § 4 Abs. 1 PfandBG (für sichernde Überdeckung verwendet) | 10,0 | 30,0 | | | 4,65% |
| | | | | | Deckung ausschließlich für Liquiditätssicherung nach § 4 Abs. 1a PfandBG | - | - | | | 0,00% |
| | | | | | Summe gattungsklassische und weitere Deckung | 661,9 | 625,3 | | | 307,7 |
| b) nach Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen¹⁾ | | | | | | | | | | |
| Bundesrepublik Deutschland | 651,9 | 595,3 | | | | | | | | |

¹⁾ keine Grundstückssicherheiten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland

| c) nach Nutzungsart in der Bundesrepublik Deutschland | wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke | | gewerblich genutzte Grundstücke | |
|---|---|------------|---------------------------------|------------|
| | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 |
| | Eigentumswohnungen | 91,4 | 85,4 | |
| Ein- und Zweifamilienhäuser | 375,1 | 315,5 | | |
| Mehrfamilienhäuser | 89,0 | 97,1 | | |
| Bürogebäude | | | 7,0 | 6,5 |
| Handelsgebäude | | | 2,5 | 2,5 |
| Industriegebäude | | | 30,4 | 31,9 |
| sonstige gewerblich genutzte Gebäude | | | 56,5 | 56,4 |
| unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten | | | 0,0 | 0,0 |
| Bauplätze | | | 0,0 | 0,0 |

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 2 (in Mio. €)

| Länder | Mindestens 90 Tage rückständige Leistungen | | Forderungen mit mindestens 5% Rückstandsbetrag | |
|--------------|--|------------|--|------------|
| | 31.12.2014 | 31.12.2013 | 31.12.2014 | 31.12.2013 |
| | Bundesrepublik Deutschland | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Summe | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 3 (in Mio. €)

| | 31.12.2014 | 31.12.2013 |
|--|------------|------------|
| Durchschnittlich gewichteter Beleihungsauslauf | 47,58 % | **) |

PfandBG § 28 Abs. 2 Nr. 4

| | wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke | | gewerblich genutzte Grundstücke | |
|--|--|-------------------|---------------------------------|-------------------|
| | 31.12.2014 Anzahl | 31.12.2013 Anzahl | 31.12.2014 Anzahl | 31.12.2013 Anzahl |
| | a) Anzahl anhängiger Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren zum 31.12.2014 | 0 | 0 | 0 |
| Anzahl durchgeführter Zwangsversteigerungen im Geschäftsjahr | 0 | 0 | 0 | 0 |
| b) Übernahme von Grundstücken im Geschäftsjahr | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. € | in Mio. € |
| c) Rückständige Zinsen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

¹⁾ In Folge der Änderung der Größenklassen gem. Pfandbriefgesetz in 2014 ist der Vorjahreswert in Höhe von 114,5 Mio. € technisch bedingt nicht aufteilbar.

²⁾ In Folge der Änderung des Pfandbriefgesetzes in 2014 ist der Vorjahreswert technisch bedingt nicht ermittelbar.

IV. Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

zu 1. a) Zinserträge

In diesem Posten sind rd. 6 % periodenfremde Erträge enthalten. Diese entfallen rd. zu einem Drittel auf Steuerungsmaßnahmen des Zinsbuches.

zu 2. Zinsaufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 15 T€ enthalten.

zu 5. Provisionserträge

Im Rahmen unseres Allfinanz-Angebotes haben wir aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung von Lebens- und Sachversicherungen, Bausparprodukten und Investmentfonds-Anteilen Provisionserträge erhalten.

zu 8. Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind u. a. 5.219 T€ Verwaltungskostenerstattungen, 3.948 T€ Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 3.689 T€ andere Gebühren aus dem Darlehensgeschäft und 1.963 T€ ordentliche Grundstücks- und Gebäudeerträge enthalten.

Es wurden Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 829 T€ erfasst.

zu 11. Sonstige betriebliche Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Veränderung der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen in Höhe von 32.132 T€ sowie Aufwendungen aus der Dotierung des Stützungsfonds in Höhe von 5.786 T€ enthalten.

Es wurden Aufwendungen aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von 37 T€ erfasst.

zu 21. Außerordentliches Ergebnis

In diesem Posten sind ausschließlich Aufwendungen aus der Umstellung auf die Vorschriften des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts enthalten.

Das außerordentliche Ergebnis führt zu keinen nennenswerten Auswirkungen auf den Steueraufwand außerhalb der latenten Steuern.

Angabe gemäß § 285 Satz 1 Nr. 28 HGB zu den ausschüttungsgesperren Beträgen

Aufgrund der Höhe der frei verfügbaren anderen Gewinnrücklagen unterliegt der Jahresüberschuss keiner Ausschüttungssperre.

V. Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Anteilsbesitz ab mind. 20% an anderen Unternehmen, soweit er nicht von untergeordneter Bedeutung ist:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil am Kapital Ende 2014 in % | Eigenkapital 2013 in T€ | Ergebnis ³ 2013 in T€ |
|--|----------------------------------|-------------------------|----------------------------------|
| BREBAU GmbH, Bremen | 48,8 | 60.704 | 7.892 |
| nwk nordwest Kapitalbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen | 100,0 | 10.000 ² | 0 ¹ |
| Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen | 20,0 | 5.050 | 0 |
| nwu nordwest Unternehmensbeteiligungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen | 100,0 | 5.000 ² | 0 ¹ |
| nwkb nordwest-kredit Bearbeitungsgesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen | 100,0 | 1.500 ² | 0 ¹ |
| nwi nordwest international Servicegesellschaft mbH, Bremen | 100,0 | 1.000 ² | 0 ¹ |
| KV Kapitalbeteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH, Bremen | 100,0 | 501 ² | 0 ¹ |
| nwd nordwest-data Servicegesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen | 100,0 | 385 ² | 0 ¹ |
| s mobile finanzberatung Gesellschaft der Sparkasse Bremen mbH, Bremen | 100,0 | 125 ² | 0 ¹ |
| nwm nordwest-media Servicegesellschaft der Sparkasse in Bremen mbH, Bremen | 100,0 | 100 ² | 0 ¹ |
| S-Consult Hanseatische Unternehmensberatung-GmbH, Bremen | 100,0 | 51 ² | 0 ¹ |
| Bremer Schoss Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Bremen | 100,0 | 42 ² | 0 ¹ |

Anmerkungen:

¹ Mit diesen Gesellschaften bestehen Ergebnisabführungsverträge

² Eigenkapital und Ergebnis 2014

³ Ausgewiesener Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag der betreffenden Unternehmung

Beteiligungen der Sparkasse Bremen an großen Kapitalgesellschaften sowie an Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen, die 5% der Stimmrechte überschreiten:

| Name und Sitz der Gesellschaft | Anteil am Kapital in % |
|--|------------------------|
| BREBAU GmbH, Bremen | 48,8 |
| Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen | 20,0 |
| NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH, Bremen/Hamburg | 15,0 |
| Bürgschaftsbank Bremen GmbH, Bremen | 10,7 |
| neue leben Pensionsverwaltung AG, Hamburg | 8,0 |
| neue leben Holding AG, Hamburg | 7,8 |
| Wincor Nixdorf Portavis GmbH, Hamburg | 7,0 |

Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, ist zu 100 % ein Tochterunternehmen der Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen. Die Finanzholding der Sparkasse in Bremen, Bremen, stellt einen Konzernabschluss auf, in den Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Gesamthonorar des gesetzlichen Abschlussprüfers

Im Aufwand des Geschäftsjahres sind 0,8 Mio. € für die Abschlussprüfung und 0,2 Mio. € für andere Bestätigungsleistungen enthalten.

Aufsichtsrat

Dipl.-Bw. Gerhard Harder, Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Klaus Ziegler, stv. Vorsitzender

Dipl.-Kfm. Joachim M. Clostermann

Björn Drenkwitz

Alexander Künzel

Dipl.-Kfm. Otto Lamotte

Dipl.-Kffr. Janina Marahrens-Hashagen

Heiko Oerter

Volker Stange

Vorstandsvorsitzender i. R. der swb AG

Geschäftsführender Gesellschafter der NordCap GmbH & Co. KG

Steuerberater und Wirtschaftsprüfer in der Clostermann & Jasper Partnerschaft
Wirtschaftsprüfungs- / Steuerberatungsgesellschaft

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Vorstandsvorsitzender der Bremer Heimstiftung

Geschäftsführer der Henry Lamotte Oils GmbH

Geschäftsführende Gesellschafterin der H. Marahrens-Schilderwerk,
Siebdruckerei, Stempel GmbH

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Angestellter der Die Sparkasse Bremen AG

Die den Aufsichtsratsmitgliedern gewährten Kredite valutieren
zum Bilanzstichtag mit 0,8 Mio. €.

Bezüge

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden für das Geschäftsjahr 2014 für ihre Tätigkeit im
Aufsichtsrat und in den Ausschüssen des Aufsichtsrates 0,2 Mio. € vergütet.

Vorstand

Dr. rer. nat. Tim Neseemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. rer. pol. Heiko Staroßom

Vorsitzender des Vorstandes

Die den Vorstandsmitgliedern gewährten Kredite valutieren
zum Bilanzstichtag mit 1,4 Mio. €.

Bezüge

An die Mitglieder des Vorstandes wurden 2,4 Mio. € vergütet, davon 1,6 Mio. €
fixe Bezüge und 0,8 Mio. € variable Bezüge.

An ehemalige Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden 1,4 Mio. €
gezahlt; für diesen Personenkreis bestehen Pensionsverpflichtungen von 17,6 Mio. €.
In Ausübung des Wahlrechts nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wird davon ein Betrag von
2,3 Mio. € bis spätestens zum 31.12.2024 angesammelt.

Mandate

In gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften beziehungsweise in Aufsichtsgremien von Kreditinstituten und Versicherungsunternehmen nahmen folgende gesetzliche Vertreter oder andere Mitarbeiter der Sparkasse Bremen Mandate wahr:

Dr. Tim Nesemann

BREMER LAGERHAUS-GESELLSCHAFT –Aktiengesellschaft von 1877–
 DEUTSCHE FACTORING BANK Deutsche Factoring GmbH & Co.
 Freie Internationale Sparkasse S.A.
 GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen
 NRS Norddeutsche Retail-Service GmbH

AR
 AR
 AR, Vorsitzender
 AR
 AR

Thomas Fürst

Bremer Toto-Lotto GmbH
 Diakonische Behindertenhilfe gemeinnützige GmbH
 Freie Internationale Sparkasse S.A.
 Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen
 LBS Landesbausparkasse Bremen AG
 neue leben Holding AG
 neue leben Pensionskasse AG
 neue leben Pensionsverwaltung AG
 neue leben Unfallversicherung AG
 Sparkassen Kreditpartner GmbH

AR
 AR, Vorsitzender
 AR
 AR (ab 26.08.2014)
 AR, stv. Vorsitzender (bis 05.08.2014)
 AR
 AR
 AR
 AR
 AR

Joachim Döpp

Öffentliche Versicherung Bremen

AR, stv. Mitglied

Dr. Heiko Staroßom

BREBAU GmbH
 BREBAU GmbH
 Öffentliche Versicherung Bremen

AR, stv. Vorsitzender (bis 14.05.2014)
 AR, Vorsitzender (ab 15.05.2014)
 AR

Holm Diez

BREBAU GmbH
 LBS Landesbausparkasse Bremen AG

AR (ab 15.05.2014)
 AR (bis 05.08.2014)

Thorsten Roth

Freie Internationale Sparkasse S.A.

AR (bis 30.09.2014)

Bernhard Ruschke

Wincor Nixdorf Portavis GmbH

AR

Wolfgang Taden

Freie Internationale Sparkasse S.A.

AR (ab 01.10.2014)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

| | |
|----------------------------|------------------|
| Vollzeitkräfte | 909 ¹ |
| Teilzeit- und Ultimokräfte | 487 ¹ |
| | 1.396 |
| Auszubildende | 87 |
| Insgesamt | 1.483 |

¹ davon gewerbliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 – Vollzeitkräfte 0
 – Teilzeit- und Ultimokräfte 43

Bremen, 18. Februar 2015

Die Sparkasse Bremen AG
 – Der Vorstand –

Dr. Tim Nesemann

Joachim Döpp

Thomas Fürst

Dr. Heiko Staroßom

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Sparkasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, 15. April 2015

Prüfungsstelle des

**HANSEATISCHEN SPARKASSEN-
UND GIROVERBANDES**

Guiddir

Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrates

Bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben, den Vorstand zu beraten und dessen Geschäftsführung zu überwachen, wurden die Mitglieder des Aufsichtsrates vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle wesentlichen Fragen der strategischen Ausrichtung und Geschäftspolitik sowie über die Geschäftsentwicklung und Lage der Die Sparkasse Bremen AG unterrichtet. Der Aufsichtsrat hat sich daher von der stets ordnungsgemäßen Geschäftsführung des Vorstandes überzeugt. Er traf die ihm obliegenden Entscheidungen in turnusmäßigen Sitzungen oder im schriftlichen Verfahren. Zwischen dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates und dem Vorsitzenden des Vorstandes fanden regelmäßig Besprechungen statt, in denen der Vorsitzende des Aufsichtsrates über die aktuelle Entwicklung des operativen Geschäftes informiert wurde und strategische Überlegungen diskutiert wurden.

Der Aufsichtsrat setzt sich nach Maßgabe des Drittelbeteiligungsgesetzes und damit gemäß § 8 Abs. (1) Satz 2 der Satzung der Die Sparkasse Bremen AG aus neun Mitgliedern zusammen, und zwar aus sechs Mitgliedern der Aktionärin und drei Mitgliedern der Arbeitnehmer.

Der Aufsichtsrat trat 2014 zu vier Sitzungen zusammen. Darüber hinaus wurde er mittels Quartalsberichten zum 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember 2014 durch den Vorstand sowie die besonderen Funktionen nach MaRisk zeitnah und umfassend über die Erfolgs- und Risikoentwicklung informiert. Zur effektiven Überwachung und Kontrolle hat der Aufsichtsrat dauerhaft einen Präsidialausschuss und einen Kredit- und Risikoausschuss gebildet. Er hat sich regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse von deren Ausschussvorsitzenden berichten lassen.

Der Präsidialausschuss tagte im Berichtsjahr zweimal. Er behandelte in seiner turnusmäßigen Bilanzsitzung zur Vorbereitung der Sitzung des Aufsichtsrates insbesondere den Prüfungsbericht und Jahresabschluss 2013, den Corporate Governance Bericht 2013 einschließlich Entsprechenserklärung nach § 161 AktG sowie den Vorschlag zur Wahl des Abschlussprüfers für das Geschäftsjahr 2014 und überzeugte sich anhand der Unabhängigkeitserklärung des Abschlussprüfers davon, dass seinerseits keine Interessenkonflikte bestehen. Der Präsidialausschuss nahm darüber hinaus die Aufgaben und Befugnisse eines Prüfungs-, Nominierungs- und Vergütungskontrollausschusses nach § 25d Abs. (9), (11) und (12) KWG wahr.

Der Kredit- und Risikoausschuss trat 2014 zu fünf Sitzungen zusammen. Darüber hinaus fasste er im Bedarfsfall Beschlüsse im fernmündlichen und/oder schriftlichen Verfahren. Neben den ihm zur Genehmigung vorgetragenen Kreditentscheidungen nahm er die Kreditrisikostategie der Die Sparkasse Bremen AG sowie die regelmäßigen Quartalsberichte über die Risikoentwicklung und die quartalsweisen Kreditrisikoberichte zur Kenntnis. Der Kredit- und Risikoausschuss nahm zudem die Aufgaben und Befugnisse eines Risikoausschusses nach § 25d Abs. (8) KWG wahr.

Die Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex wurden beachtet, soweit nicht Vorstand und Aufsichtsrat im Einzelnen Abweichungen beschlossen und in der Entsprechenserklärung nach § 161 AktG offengelegt haben. Der Umsetzungsstatus wurde vom Aufsichtsrat formal bestätigt.

Die von der Hauptversammlung am 21. Mai 2014 zum Abschlussprüfer gewählte Prüfungsstelle des Hanseatischen Sparkassen- und Giroverbandes, Hamburg, hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 unter Einbeziehung der Buchführung sowie den Lagebericht geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Bericht des Abschlussprüfers wurde dem zuständigen Präsidialausschuss zur Vorbereitung der Aufsichtsratssitzung ausgehändigt, in der der Jahresabschluss 2014 behandelt worden ist. Der Abschlussprüfer hat an den Sitzungen des Präsidialausschusses am 15. April 2015 und des Aufsichtsrates am 22. April 2015 teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung berichtet. Der Aufsichtsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen. Das Ergebnis seiner Prüfung entspricht vollständig dem Ergebnis der Abschlussprüfung. Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 in seiner Sitzung am 22. April 2015 gebilligt und damit festgestellt. Ferner stimmte er dem Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns zu.

Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den vom Vorstand gemäß § 312 AktG für das Geschäftsjahr 2014 vorgelegten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den dazu erstatteten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers geprüft.

Der Bericht des Abschlussprüfers enthält hierzu folgenden Bestätigungsvermerk:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

- die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
- bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Die Sparkasse Bremen AG, Bremen, nicht unangemessen hoch war.“

Beide Prüfungen haben keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben. Nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung durch den Aufsichtsrat bestehen keine Einwendungen gegen die Schlussklärung des Vorstandes zum Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz im Jahr 2014. Sein Dank gilt den Kundinnen und Kunden der Sparkasse für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Bremen, 22. April 2015

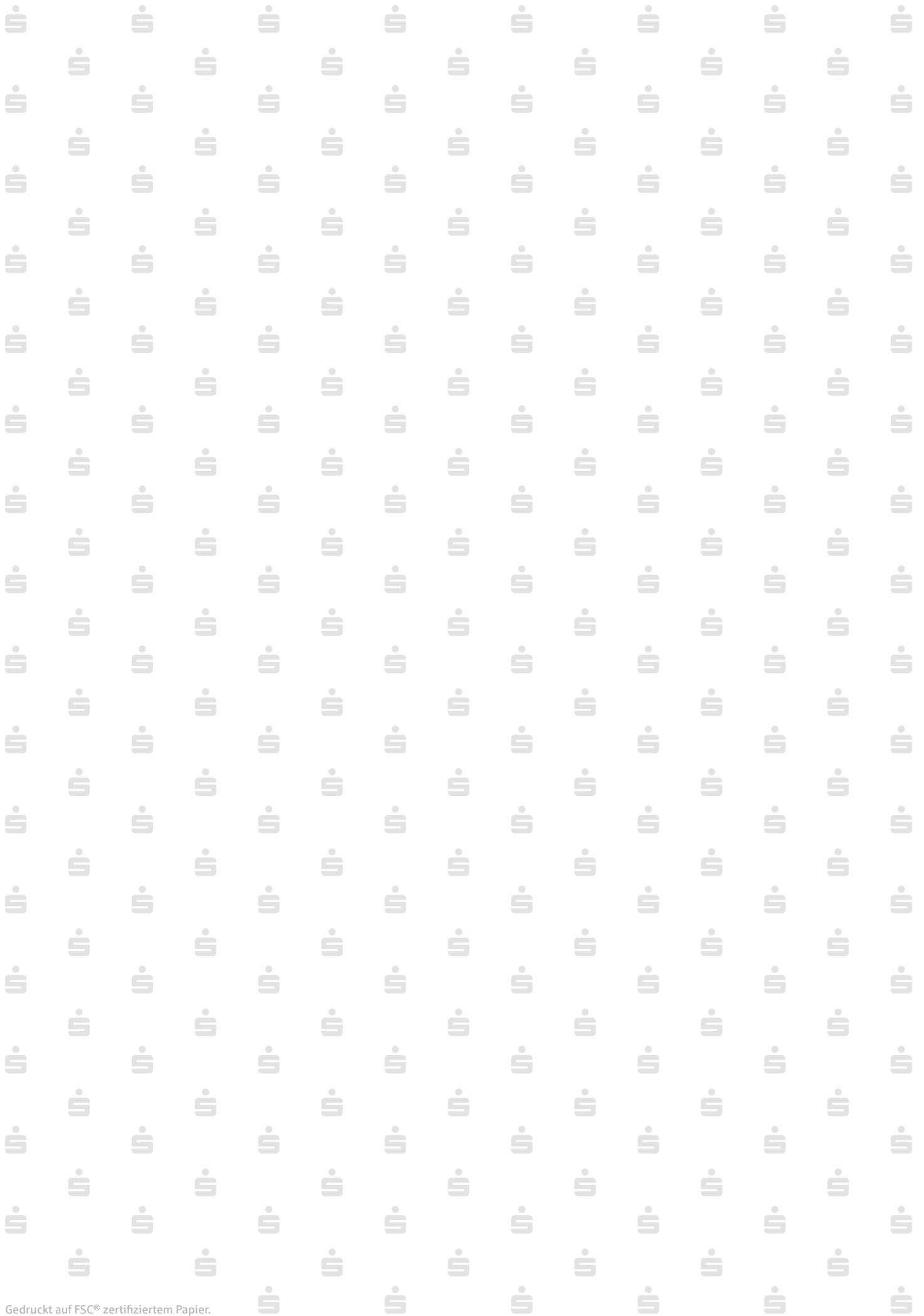
Der Aufsichtsrat

Gerhard Harder

Vorsitzender des Aufsichtsrates



Bildnachweis: Thomas Joswig (Titel, S.48), Nikolai Wolf (S. 4)





Beratungs-
qualität

www.tuv.com
ID 9105066068

Die Sparkasse Bremen AG
Am Brill 1-3 | 28195 Bremen
Postfach 107880 | 28078 Bremen
Telefon (0421) 179-0
www.sparkasse-bremen.de
mail@sparkasse-bremen.de

